Sicherheitsreport 2003

Das Wichtigste zuerst:

Trotz leichtem Deliktsanstieg: Münchens Sicherheitszustand weiterhin gut.

Rückgang

- der Gewaltkriminalität um 4,6 %
- der Sexualdelikte um 14,3 %

Anstieg

bei Kontrolldelikten

- Leistungserschleichungen um 43,2 %
- ausländerrechtlichen Straftaten um 38,3 %

Präventionsprogramm

• Modellprojekt "FreD" erfolgreich

Politisch motivierte Kriminalität

• Rechtsterroristischer Anschlag auf jüdisches Gemeinde- und Kulturzentrum verhindert

.....

Impressum:

Herausgeber Polizeipräsidium München, Präsidialbüro und Abteilung Einsatz

und Verleger: 80333 München, Ettstr. 2, Tel. 2910 - 24 24

Druck: Polizeipräsidium München, Abteilung Versorgung,

81549 München, Tegernseer Landstr. 210, Tel. 6216 - 1820

Internet: http://www.polizei.bayern.de/ppmuc

Nachdruck oder sonstige Auswertung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet

München, März 2004

Inhaltsübersicht

			Seite
VORWOI	RT		4
<u>TEIL A</u>	<u>VER</u>	RBRECHENSBEKÄMPFUNG	<u>5</u>
1.	KRI	MINALITÄTSENTWICKLUNG INSGESAMT	5
	1.1	Lage Polizeipräsidium München	5
		1.1.1 Kriminalitätsstruktur	6
		1.1.2 Tatverdächtigenentwicklung	6
		1.1.3 Opferentwicklung	6
		1.1.4 Opferschutz/Prävention	7
	1.2	Lage Landeshauptstadt München	8
		1.2.1 Kriminalitätsentwicklung insgesamt	8
		1.2.2 Häufigkeitsziffer (HZ)	8
		1.2.3 Tatverdächtige	9
		1.2.4 Gewaltkriminalität	11
		1.2.5 Straftaten im öffentlichen Personennahverkehr	16
		1.2.6 Straßenkriminalität	19
		1.2.7 Straftaten gegen das Eigentum oder Vermögen	20
		1.2.8 Einsatz von Schusswaffen	22
	1.3	Lage Landkreis München	23
2.	BES	ONDERE FORMEN DER KRIMINALITÄT	24
	2.1	Rauschgift- und Beschaffungskriminalität	24
	2.2	Organisierte Kriminalität (OK)	26
	2.3	Wirtschaftskriminalität	29
	2.4	Umweltkriminalität	32
	2.5	Jugendkriminalität	34
	2.6	Politisch motivierte Kriminalität	38
	2.7	Problematische Szenen	41
		2.7.1 Skinheads	42
		2.7.2 Punks	42
		2.7.3 Gruppen gewaltbereiter junger Nichtdeutscher	42
		2.7.4 Rocker	43

TEIL B	<u>ORI</u>	NUNGS- UND	<u>SCHUTZAUFGABEN</u>	<u>44</u>	
1.	Geschlossene Einsätze, Veranstaltungen				
	1.1	Veranstaltungen mit politischem Hintergrund			
		1.1.1 Aktion	nen anlässlich des Irak-Krieges	45	
		1.1.2 Konfe	renz für Sicherheitspolitik	45	
		1.1.3 Aktion	nen gegen die Sparbeschlüsse der Bayerischen Staatsregierung	46	
	1.2	Unpolitische Veranstaltungen			
		1.2.1 Überb	lick	47	
		1.2.2 Fußba	llspiele	47	
		1.2.3 Oktob	erfest	47	
		1.2.4 Grund	steinlegung für das Jüdische Gemeinde- und Kulturzentrum	47	
2.	Beso	nderes Sicherh	neitsrecht	49	
	2.1	Märkte und S	Straßenfeste	49	
	2.2	Schadensfälle	e durch pyrotechnische Gegenstände an Silvester	49	
	2.3	Inkrafttreten des neuen Waffenrechts			
3.	Katastrophenabwehr				
	3.1	Kampfmittelauffindung			
	3.2	Sprengstoffve	erdächtige Gegenstände	50	
	3.3	Gasexplosion		50	
	3.4	Strahlenschutz			
TEIL C	<u>DIEN</u>	STBETRIEB <u>I</u>	<u>DER POLIZEIEINSATZZENTRALE (EZ)</u>	<u>52</u>	
	1.	Notrufentgeg	ennahme und -bearbeitung	52	
	2.	Einsatzentwie	cklung motorisierter Streifen	52	
	3.	Steuerung de	r Polizeialarme	53	
	4.	Durchführung von Abschleppanordnungen			
	5.	Entwicklung der Einsatzzahlen im Vergleich zum Streifenpotenzial			
	6.	Öffentlichkei	tsarbeit (Führungen)	54	

VORWORT

München konnte auch 2003 seine ausgezeichnete Position als eine der sichersten Großstädte behaupten. Die Zahl der Straftaten stieg zwar leicht an. Dies ist aber eine Folge stärkerer Kontrolltätigkeit.

Erfreulich ist der Rückgang der Gewaltkriminalität. Hoffentlich markiert dies den Wendepunkt nach jahrelangen Bemühungen, den steigenden Trend zu stoppen.

Auch die Straßenkriminalität hat einen Tiefstwert markiert. Beides könnte das Sicherheitsgefühl günstig beeinflussen.

Dagegen stehen allerdings unberechenbare Einflussfaktoren:

die drastische Erweiterung der EU mit möglichen zusätzlichen Kriminalitätsproblemen, besonders aber die anhaltende Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus.

Sie werden uns in den nächsten Jahren herausfordern.

Bestehen können wir mit weiterhin hohem Engagement, einer funktionierenden Organisation, ausreichendem Personal- und Sachmittelansatz sowie mit Hilfe unserer Bevölkerung.

Besonders von unseren ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern erhoffe ich mir noch mehr vertrauensvolle Unterstützung.

Dr. Schmidbauer Polizeipräsident

De Milbanes

TEIL A VERBRECHENSBEKÄMPFUNG

1. KRIMINALITÄTSENTWICKLUNG INSGESAMT

1.1 LAGE POLIZEIPRÄSIDIUM MÜNCHEN

Mehr Straftaten

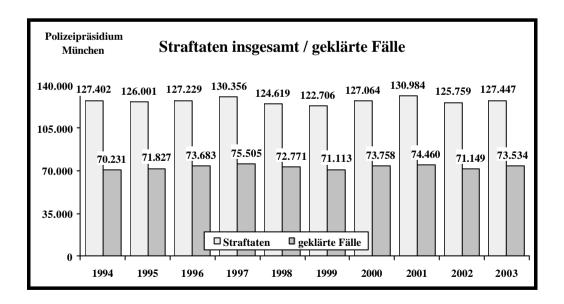
Nach deutlichem Rückgang im Vorjahr wurden 2003 im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums wieder mehr Straftaten registriert. Ihre Zahl stieg um 1,3 % auf **127.447 Delikte**.

Der Anstieg hängt mit intensiveren Kontrollen der Polizei und des Bahnpersonals (Öffentlicher Personennahverkehr) zusammen.

Dadurch wurden erheblich mehr ausländerrechtliche Straftaten und Leistungserschleichungen festgestellt.

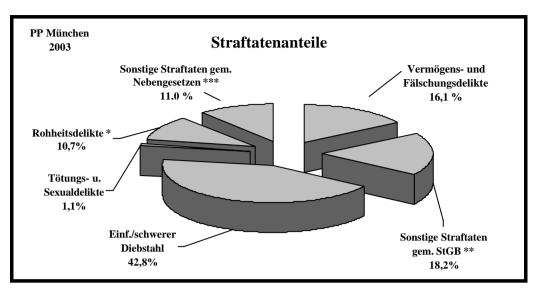
Konzeptionelle Maßnahmen im Bereich der Gewaltkriminalität und beim Trickdie bstahl zeigen Wirkung. Hier waren weniger Straftaten zu verzeichnen.

Nach wie vor werden knapp ¹/₅ der Straftaten Bayerns im Stadt- und Landkreis München registriert.



73.534 Straftaten, 3,4 % mehr als im Vorjahr, konnten geklärt werden. Damit ergibt sich eine **Aufklärungsquote** (**AQ**) von 57,7 % (56,6 %).

1.1.1 Kriminalitätsstruktur



- * Umfasst u. a. Raub und Körperverletzung
- ** Insbesondere Hausfriedensbruch und Sachbeschädigungen
- *** Hauptsächlich Betäubungsmittelkriminalität und ausländerrechtliche Straftaten

In der langfristigen Entwicklung hat sich die Deliktsstruktur verändert. 1994 waren noch 52,8 % aller Delikte Diebstähle. Während im 10-Jahresvergleich die Anteile von Tötungs- und Sexualdelikten gleich blieben, nahmen die übrigen Deliktsgruppen zu.

1.1.2 Tatverdächtigenentwicklung

Deutliche Zunahme von Tatverdächtigen Im Jahr 2003 wurden 54.858 Tatverdächtige (TV) registriert, 5,3 % mehr als im Voriahr.

Knapp ¹/₄ aller Tatverdächtigen (24,2 %) sind weiblich. Vor 10 Jahren betrug ihr Anteil 22,6 %.

Über 40 %
nichtdeutsche
Tatverdächtige
Tatverdächtige mit
Mehrfachauffälligkeit

43,7 % (41,8 %) aller Tatverdächtigen sind Nichtdeutsche. Ohne Straftaten nach ausländerrechtlichen Bestimmungen stieg ihr Anteil um 1,1 %-Punkte auf 37,8 % an.

Eine vom Polizeipräsidium durchgeführte Untersuchung über Mehrfach- und Intensivtäter belegt, dass eine relativ kleine Gruppe von Tatverdächtigen für eine große Zahl geklärter Taten verantwortlich ist. Innerhalb eines Statistikjahres waren 3,5 % der Tatverdächtigen 22,5 % der geklärten Taten zuzuordnen.

Intensivtätern widmen wir deshalb besondere Aufmerksamkeit.

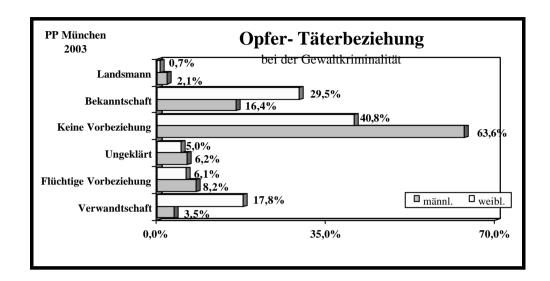
1.1.3 Opferentwicklung

Im Zusammenhang mit Tötungs-, Sexual- und Rohheitsdelikten erfassten wir 16.830 Opfer. Darunter befanden sich 6.942 (41,2 %) weibliche Geschädigte.

Ein Großteil der Opfer (6.653) ist von vorsätzlichen (leichten) Körperverletzungen betroffen. 382 (5,7 %) davon waren Kinder.

Im Bereich der Gewaltkriminalität werden Männer öfter als Frauen Opfer von Tätern, die sie vorher nicht kannten.

Straftaten im Verwandten- bzw. Bekanntenkreis richten sich überwiegend gegen weibliche Opfer.



1.1.4 Opferschutz/Prävention

Verhaltensorientierte Prävention und Opferschutz finden großes Interesse in der Bevölkerung. Im vergangenen Jahr hielten unsere Mitarbeiter insbesondere des Kommissariats 314 1.067 (695) Vorträge zu verschiedenen Problembereichen (Gewalt-Æigentums-, Rauschgiftkriminalität, Sexualdelikten, u.a.). Über 36.000 Schüler, Berufsschüler, aber auch Erwachsene nahmen daran teil.

Modellprojekt "FreD" In Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft München I und dem Prop e.V.¹ wurde das Projekt "FreD"² über die bundesweite Modellphase (2001 – 2002) hinaus mit großem Erfolg fortgesetzt. Es sieht vor, Jugendlichen, die erstmals mit Cannabisprodukten aufgegriffen werden, ein Beratungsangebot in mehrstündigen Kursen zu unterbreiten. Es beinhaltet Informationen zu rechtlichen, drogenspezifischen sowie gesundheitlichen Aspekten. Ziel ist es die Jugendlichen eigenverantwortlich zur Verhaltensänderung zu motivieren.

Im Rahmen des Projektes interessierten sich über 70 % der von der Polizei angesprochenen Jugendlichen für das Hilfsangebot, knapp 60 % nahmen an den Kursen teil.

Technische Prävention Die kriminalpolizeiliche Beratungsstelle für technische Prävention führte 3.670 (3.345) persönliche Beratungen durch. Zusätzlich wurden im Rahmen von Präventionsvorträgen bei verschiedenen Institutionen und Vereinen annähernd 800 (Vorjahr über 600) Personen über Sicherungsmaßnahmen informiert. Bei Veranstaltungen in Stadtteilen konnten etwa 1.600 Personen erreicht werden.

Die Beratung zeigt Erfolge. Immer mehr Wohnungs- und Hausbesitzer lassen Sicherungseinrichtungen installieren. 2002 waren bei den registrierten Einbrüchen nur knapp ¹/₅ der angegangenen Objekte so ausgerüstet. 2003 lag der Anteil mit 24,3 % deutlich höher. Dadurch konnte in 68 % (60 %) der Fälle, in denen elektrische oder mechanische Sicherungen vorhanden waren, ein Einbruch verhindert werden.

¹ Freier Träger der Suchthilfe

² "Frühintervention bei erstauffälligen Drogenkonsumenten"

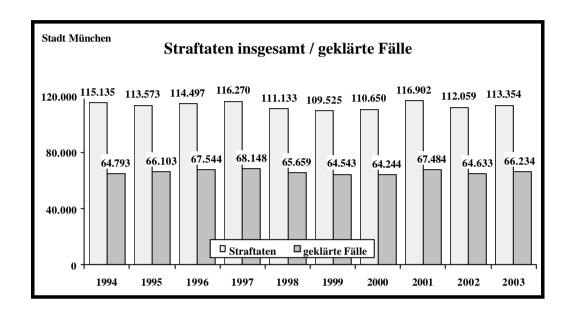
1.2 LAGE LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

1.2.1 Kriminalitätsentwicklung insgesamt

Straftatenanstieg

In der Landeshauptstadt München wurden im vergangenen Jahr 113.354 Straftaten erfasst. Die s sind um 1,2 % mehr als im Vorjahr.

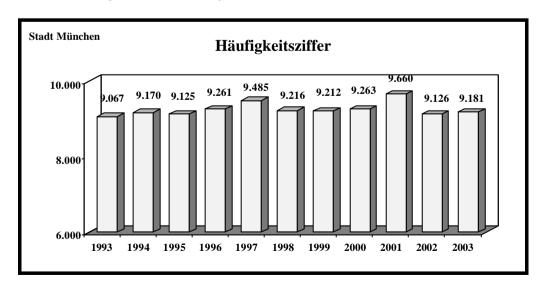
58,4 % (57,7 %) der Straftaten konnten aufgeklärt werden.



1.2.2 Häufigkeitsziffer (HZ)³

Die HZ erhöhte sich, bei gleichzeitigem Bevölkerungsanstieg, in Folge des Deliktsanstiegs geringfügig auf 9.181 (9.126).

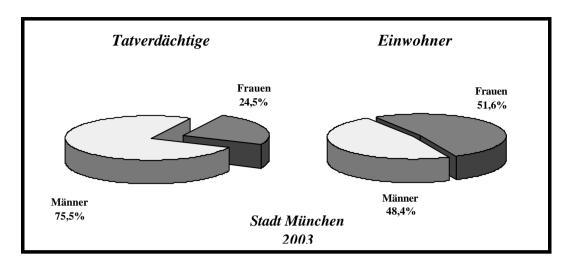
München hat seine gute Position innerhalb der 84 deutschen Großstädte noch ausgebaut. Als drittgrößte Stadt Deutschlands liegt die Landeshauptstadt 2003 in der Kriminalitätsbelastung auf Platz 60 (Vorjahr: 53).



³ Anzahl der Straftaten pro 100.000 Einwohner

٠

1.2.3 Tatverdächtige



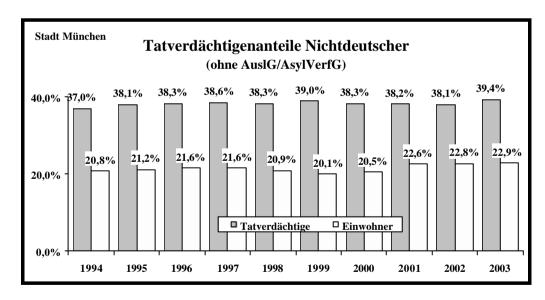
Knapp ¹/₁₀ aller Tatverdächtigen Jugendliche

Nichtdeutsche Tatverdächtige 49.542 Tatverdächtige, 4,9 % mehr als im Jahr 2002, wurden ermittelt. 11.265 (22,7 %) davon waren Minderjährige.⁴

Der Anteil Jugendlicher an der Bevölkerung erhöhte sich in 10 Jahren von 2,8 % (1994) auf 3,0 % (2003). Dagegen stieg ihr TV-Anteil in diesem Zeitraum um 2,4 %-Punkte auf 9,6 % an.

2003 wurden 22.496 **nichtdeutsche TV** festgestellt, 10,0 % mehr als im Vorjahr. Dadurch wuchs ihr Anteil an allen TV auf **45,4** % (43,3 %) an. Mit 22,9 % (22,8 %) veränderte sich ihr Einwohneranteil⁵ kaum.

Bleiben die Straftaten nach den **ausländerrechtlichen Bestimmungen unberücksichtigt**, beträgt ihr Anteil an allen Tatverdächtigen **39,4 %**, 1,3 %-Punkte mehr als 2002.



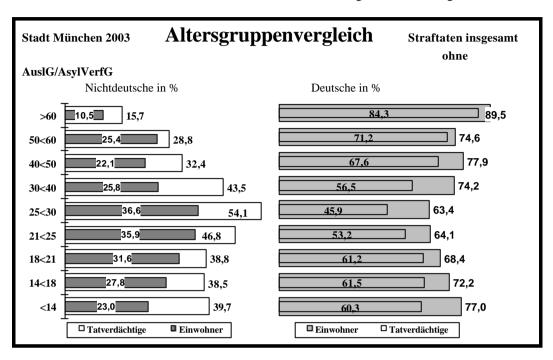
⁴ Definitionen:

Kinder bis unter 14 Jahre
Jugendliche 14 bis unter 18 Jahre
Heranwachsende 18 bis unter 21 Jahre
Minderjährige bis unter 21 Jahre

 $^{^5}$ Das Statistische Amt der LH München stellte die Zählweise zum 01.01.2000 von der "wohnberechtigten Bevölkerung" auf "Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung" um.

Im Gegensatz zu den Einwohnern sind bei deutschen wie ausländischen Tatverdächtigen auch von auswärts Kommende enthalten.

Nachfolgender Altersgruppenvergleich stellt die Anteile der ermittelten deutschen und nichtdeutschen Tatverdächtigen zu deren jeweiligen Bevölkerungsanteilen in Relation. Die Straftaten nach den ausländerrechtlichen Bestimmungen bleiben ausgeklammert:



Die Grafik weist weiterhin in allen Altersgruppen eine deutliche Überrepräsentanz nichtdeutscher TV aus. Mit 54,1 % war der höchste Tatverdächtigenanteil in der Altersgruppe der 25- bis unter 30-Jährigen festzustellen.

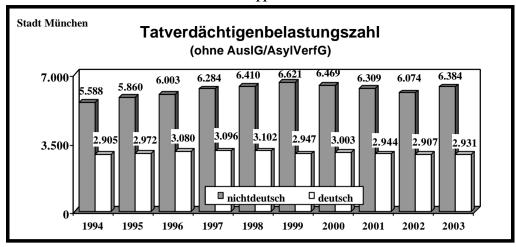
Etwa ⁴/₅ ortsansässige Gewalttäter

Überwiegend wohnen die Tatverdächtigen in München. 71,1 % der deutschen TV und 59,2 % der nichtdeutschen hatten ihren Wohnsitz in der Landeshauptstadt. Im Bereich der Gewaltkriminalität sind die ortsansässigen Täter noch stärker vertreten. 78,1 % der ermittelten deutschen und 81,9 % der nichtdeutschen TV wohnen hier.

Zunehmend kommen Tatverdächtige zur Begehung einer Straftat nach München. Waren es im Vorjahr noch 7,2 % anreisende TV, so sind es nun 7,6 %. Auch der Anteil jener, die gelegentlich ihres Urlaubes oder eines Besuches straffällig wurden, stieg von 14,8 % auf 16,9 % an.

Tatverdächtigenbelastungszahl Die TVBZ⁶ verdeutlicht die unterschiedliche Kriminalitätsbelastung von Deutschen und Nichtdeutschen. Ohne Berücksichtigung der ausländerrechtlichen Straftaten ist sie bei den Nichtdeutschen mit 6.384 mehr als doppelt so hoch wie bei der deutschen Bevölkerung (2.931).

⁶ Die Tatverdächtigenbelastungszahl (TVBZ) errechnet sich aus der Zahl der ermittelten TV pro 100.000 gemeldeten Einwohnern der jeweiligen Bevölkerungsgruppe. Kinder unter 8 Jahren werden nicht berücksichtigt.



Asylbewerber

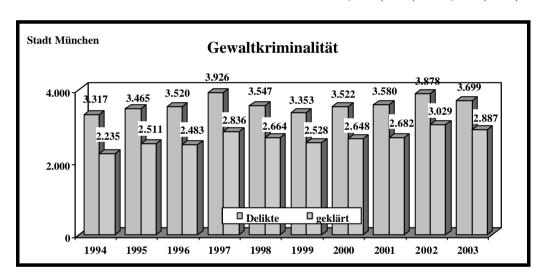
5,9 % (6,9 %) der nichtdeutschen Tatverdächtigen waren Asylsuchende. Die Straftaten nach dem AuslG und AsylVerfG sind dabei nicht berücksichtigt.

1.2.4 Gewaltkriminalität ⁷

Rückgang der Gewaltkriminalität

Nach jahrelangem Anstieg ging die Gewaltkriminalität erstmals wieder zurück, um 4,6 % auf 3.699 Delikte. Im Langzeitvergleich stiegen sie um 11,5 % an, während die Gesamtkriminalität um 1,5 % abnahm.

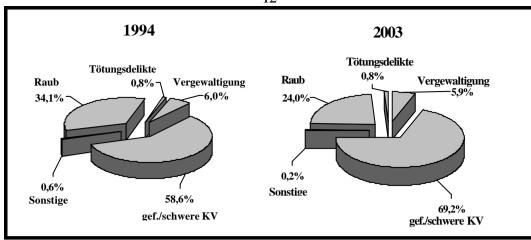
Dadurch erhöhte sich ihr Anteil an allen Straftaten von 2,9 % (1994) auf 3,3 % (2003).



Struktur der Gewaltkriminalität Im 10-Jahresvergleich fällt eine deutlich veränderte Deliktsstruktur auf. Der Anteil der gefährlichen/schweren Körperverletzungen hat sich um 10,6 %-Punkte auf 69,2 % erhöht. Dagegen fiel er bei den Raubdelikten um 10,1 %-Punkte auf nun 24,0 %.

Stadt	Mün-	Straftatenanteile
		- Gewaltkriminalität -

Vorsätzliche Tötungsdelikte, Raub, Vergewaltigung, gefährliche/schwere Körperverletzung sowie Geiselnahme.



Alle vollendeten Tötungsdelikte geklärt Im Berichtsjahr verzeichneten wir 8 vollendete und 50 versuchte vorsätzliche *Tötungsdelikte*⁸. Die vollendeten Fälle konnten alle, bei den Versuchen 47 geklärt werden

Zusätzlich wurden die Täter zu 3 "Altfällen" ermittelt.

Die moderne Kriminaltechnik machte dies, wie beispielhafte Fallschilderungen belegen, möglich.

DNA-Analyse

1992 wurde eine damals 20-jährige irische Studentin in der Nähe eines Campingplatzes in Thalkirchen schwer verletzt aufgefunden. Aufgrund mehrerer Stichverletzungen verstarb die Frau im Krankenhaus. Wie die Untersuchungen ergaben, hatte der Täter sein Opfer auch vergewaltigt. Trotz intensiver Ermittlungen konnte der Fall nicht geklärt werden.

Im Zuge verbesserter **DNA-Auswertemöglichkeiten**⁹ wurden die Spurenträger erneut untersucht.

Dadurch konnte ein 38-jähriger arbeits- und berufsloser Mann aus Bremerhaven als Spurenverursacher festgestellt und festgenommen werden. Bei seiner Vernehmung gestand er neben dieser Tat noch eine weitere Vergewaltigung unter Einsatz eines Messers.

AFIS

30 Jahre liegt die Tat an einem seinerzeit 37-jährigen Angestellten zurück, der von drei Jugendlichen mit Holzknüppeln niedergeschlagen wurde und einige Tage später verstarb.

Kurze Zeit später konnte zwar ein strafunmündiger 13-Jähriger ermittelt werden, er kannte aber seine zwei zufälligen Mittäter nicht. Auch die Spurenauswertung führte nicht zum Erfolg.

Die neue **AFIS-Software** ¹⁰ des Bayerischen Landeskriminalamtes führte nun bei einem erneuten Spurenabgleich zum Treffer.

Die Spur konnte einem inzwischen 47-jährigen verheirateten Mann aus Langenfeld zugeordnet werden. Nach seiner Festnahme räumte er die Beteiligung an der Tat ein, nicht aber die Tötungshandlung.

Ein 46-jähriger lediger Maler wurde vor **16 Jahren** in seinem Appartement mit mehreren Messerstichen am Körper und eingeschlagenem Schädel aufgefunden. Obwohl umfangreich Spuren gesichert werden konnten, war eine Zuordnung nicht möglich.

⁸ Hier wird auf die tatsächlichen Fallzahlen (Eingangsstatistik) zurückgegriffen, weil aufgrund der langen Ermittlungszeiten die statistische Erfassung zum Teil erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt.

 $^{^9}$ **D**esoxyribo**n**uclein **A**cid, häufig als "genetischer Fingerabdruck" bezeichnet

 $^{^{10}}$ Automatisches Fingerabdruck Identifizierungs System

Auch hier landete die neue AFIS-Software einen Treffer. Ein 39-jähriger italienischer Koch wurde als Spurenverursacher identifiziert und in München festgenommen. Er gab die Tat zu.

Wieder Zuwachs der Raubdelikte

Nach leichtem Anstieg der *Raubstraftaten* im Vorjahr (+2,1 %) stiegen diese nun um 8,3 % auf 887 Delikte an.

491 Straftaten konnten geklärt werden. Die Aufklärungsquote betrug 55,4 % (54,6 %). Es wurden 18,0 % mehr Tatverdächtige als im Vorjahr ermittelt. 382 der 702 Tatverdächtigen waren nichtdeutscher Herkunft, 15,8 % mehr als 2002.

Nahezu jeder 2. TV minderjährig

49,1 % (48,9 %) aller Raubtatverdächtigen waren unter 21 Jahren. Besonders ausgeprägt war der Zuwachs bei den tatverdächtigen Jugendlichen. Ihre Zahl erhöhte sich um 25,6 % auf insgesamt 201 Tatverdächtige.

Räuber treten oft als Serientäter auf:

Ein 42-jähriger Berufsloser versteckte sich im Lagerraum eines Schuhgeschäftes. Eine durch vorangegangene Raubüberfälle sensibilisierte Angestellte bemerkte diesen und verständigte die Polizei. Bei der anschließenden Absuche konnte der maskierte, mit einem Messer bewaffnete Täter festgenommen werden. Ihm wurden sechs gleichgelagerte Fälle nachgewiesen.

Rückgang der Vergewaltigungen

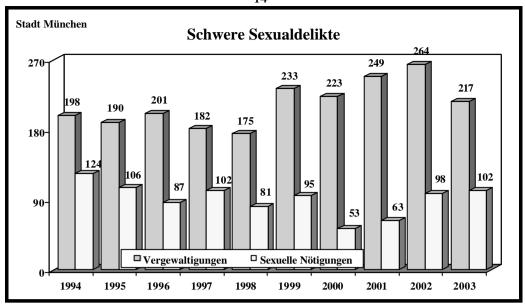
Nach Jahren steigender Zahlen bei **Vergewaltigungen**¹¹ gingen diese im Berichtsjahr um 17,8 % auf 217 Delikte zurück. 171 Fälle wurden geklärt, das entspricht einer Aufklärungsquote von 78,8 % (84,1 %).

Der Rückgang wirkte sich auch bei den Tatverdächtigen aus. Es wurden 169, 18,4 % weniger ermittelt. 88 davon sind Nichtdeutsche. Das entspricht einem Anteil von 52,1 % (58,5 %) in diesem Deliktsbereich. Nahezu alle Altersgruppen der Tatverdächtigen weisen Minuszahlen auf. Lediglich bei den deutschen 40<60-jährigen TV ist ein Zuwachs um 32,0 % auf 33 Tatverdächtige festzustellen.

32,3 % (30,1 %) der 217 Vergewaltigungsopfer waren Nichtdeutsche. Die steigende Anzeigenbereitschaft nichtdeutscher Opfer ist ein Indiz dafür, dass Aufklärungs- und Präventionsbemühungen auch andere Kulturkreise erreichen und diese Vertrauen in die Strafverfolgungsbehörden haben.

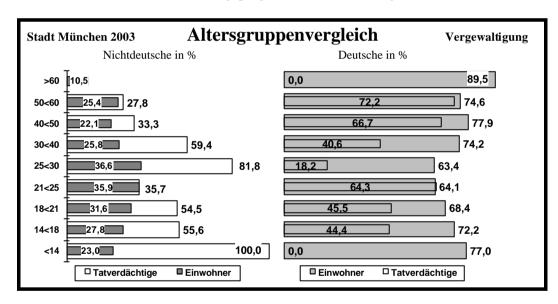
Knapp ¹/4 der Vergewaltigungen in der Partnerschaft 24,4 % aller Vergewaltigungen fanden in der Partnerschaft statt. In 16 Fällen (7,4 %) wurden vergewaltigte Frauen Opfer ihres Lebensgefährten, in 37 Fällen (17,1 %) ihres Ehepartners.

¹¹ Im Rahmen der Strafrechtsänderung zum 01.08.97 wurden die ursprünglichen §§ 177, 178 StGB zu einem Straftatbestand zusammengefasst. Damit ist ein Vergleich zu den Vorjahren nur eingeschränkt möglich.



Nach dem markanten Anstieg (+55,6 %) der sexuellen Nötigungen im Vorjahr hat sich der steigende Trend mit 102 angezeigten Delikten (+4,1 %), allerdings abgeschwächt, fortgesetzt.

Die nachfolgende Grafik zeigt in allen Altersgruppen eine deutliche Überrepräsentanz nichtdeutscher TV, besonders ausgeprägt bei den 25<30-Jährigen.



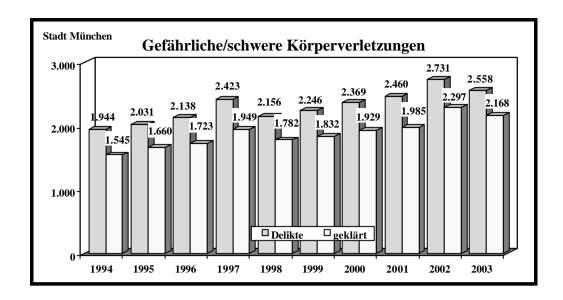
"Angstzonen"

In Bahnhöfen, Zügen, Parks und Tiefgaragen registrierten wir 4 % aller Vergewaltigungen, 2 %-Punkte weniger als im Vorjahr.

Die objektive Sicherheit an solchen Örtlichkeiten hat sich diesbezüglich weiter verbessert.

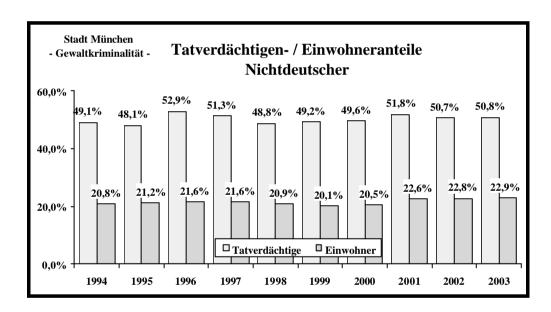
Weniger gefährliche/schwere Körperverletzungen Der seit Jahren zu beobachtende Aufwärtstrend bei den *gefährlichen/schweren Körperverletzungen* ist gebrochen. 2.558 Fälle wurden bekannt, 6,3 % weniger als 2002. In den letzten 10 Jahren haben diese Delikte aber um 31,6 % zugenommen. Die Aufklärungsquote erreichte 84,8 % (84,1 %).

3.277 ermittelte Tatverdächtige stellen einen Rückgang um 1,3 % dar. Ein Zuwachs ist bei den 21<25-jährigen TV (insgesamt 468) zu verzeichnen. Die Zahl deutscher TV stieg um 1,4 %, der nichtdeutschen um 10,9 %.



Jeder 2. TV eines Gewaltdeliktes ein Nichtdeutscher

Unter den 4.088 Tatverdächtigen der *Gewaltkriminalität*, 0,4 % mehr als im Jahr zuvor, waren 50,8 % Nichtdeutsche. Ihr Einwohneranteil liegt bei 22,9 %.



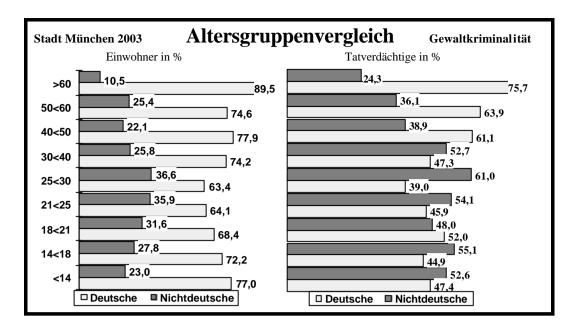
36,9 % (36,7 %) aller Tatverdächtigen waren zur Tatzeit minderjährig. 2003 fallen, nach Rückgängen im Vorjahr, wieder Kinder (+11,7 %) und Jugendliche (+6,4 %) mit deutlichen Steigerungen auf.

Doppelstaatsangehörigkeit Die Änderungen im Staatsangehörigkeitsrecht¹² lassen langfristig eine Verschiebung der Anteile deutscher und nichtdeutscher Tatverdächtiger erwarten. Etliche bisher als Nichtdeutsche Erfasste werden zunehmend als deutsche TV in der Statistik ausgewiesen

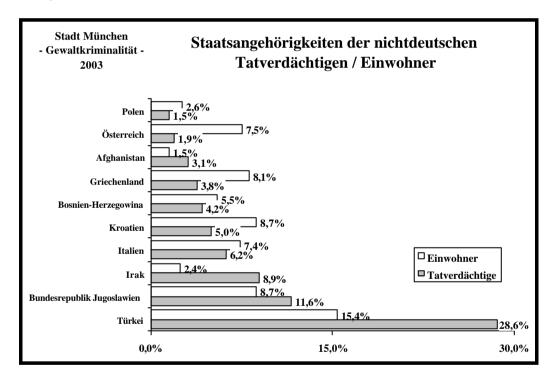
68 (70) Tatverdächtige der Gewaltkriminalität hatten neben der deutschen eine weitere Staatsangehörigkeit.

Im Bereich der Gewaltkriminalität zeigt sich die Überrepräsentanz nichtdeutscher Tatverdächtiger in allen Altersgruppen ausgeprägter als bei den Gesamtstraftaten.

¹² Seit 01.10.99 können für einen TV mehrere Staatsangehörigkeiten in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfasst werden. Davon wird die deutsche stets als erste Staatsangehörigkeit registriert.



Staatsangehörige der Türkei, der Bundesrepublik Jugoslawien¹³, des Irak und Afghanistans geraten bei der Gewaltkriminalität, gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil, häufiger mit dem Gesetz in Konflikt.



Aufenthaltsstatus nichtdeutscher TV Nachstehende Aufstellung zeigt den jeweiligen Aufenthaltsstatus nichtdeutscher Tatverdächtiger der Gewaltkriminalität im Vergleich zum Stand vor 10 Jahren.

¹³ Serbien und Montenegro

Stadt München - Gewaltkriminalität	1994		2003	
Nichtdeutsche Tatverdächtige insgesamt	1.395	100,0%	2.075	100,0%
- davon illegaler Aufenthalt	22	1,6%	25	1,2%
- davon legaler Aufenthalt	1.373	98,4%	2.050	98,8%
unter legal				
- Stationierungsstreitkräfte	7	0,5%	6	0,3%
- Touristen / Durchreisende	32	2,3%	94	4,5%
- Studenten / Schüler	165	11,8%	410	19,8%
- Arbeitnehmer	533	38,2%	778	37,5%
- Gewerbetreibende	40	2,9%	46	2,2%
- Asylbewerber	214	15,3%	124	6,0%
- Sonstiger Grund od. unbekannt*	382	27,4%	592	28,5%

^{*}darunter werden u. a. erfasst: Erwerbslose, nicht anerkannte Asylbewerber, Flüchtlinge u. a. Personengruppen

Im 10-Jahresvergleich verringerte sich der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger mit illegalem Aufenthalt um 0,4 %-Punkte auf 1,2 %.

Während tatverdächtige Studenten/Schüler 1994 noch einen Anteil von 11,8 % an den nichtdeutschen Tatverdächtigen einnahmen, erhöhte sich dieser 2003 auf 19,8 %. Dagegen verringerte er sich bei Asylbewerbern auf 6,0 %.

1.2.5 Straftaten im öffentlichen Personennahverkehr¹⁴

Mehr Straftaten

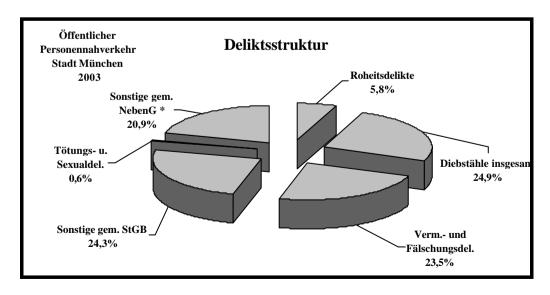
Im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs wurden 13.494 Straftaten registriert, 3,5 % mehr als im Vorjahr.

Dabei stellten die Einsatzkräfte deutlich mehr Straftaten nach ausländerrechtlichen Bestimmungen (+37,1 %), Sachbeschädigungen (+28,1 %) und Leistungserschleichungen (+44,9 %) fest. Zurückzuführen ist dies auf mehr Kontrollen durch Polizei und Sicherheitspersonal des ÖPNV.

Gezielte Schwerpunktmaßnahmen führten, trotz gesunkener Einsatzstunden (99.207 / 104.590), zu einem Anstieg bei den Anzeigen (um 2,2 % auf 6.308) und bei den Festnahmen (um 14,0 % auf 1.790).

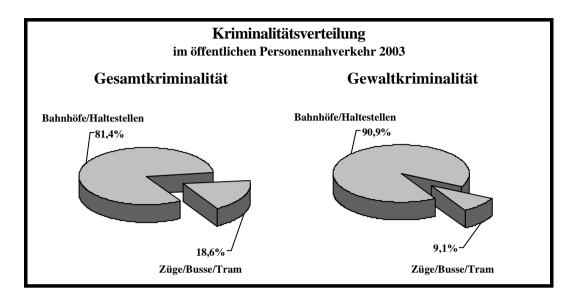
Polizeiliches Einschreiten

Dies wirkte sich offensichtlich auch auf die Deliktsentwicklung bei der Gewaltkriminalität aus. Die Fälle gingen um 18,2 % auf 283 Fälle zurück und nehmen nun einen Anteil von 2,1 % (2,7 %) an allen Straftaten in diesem Bereich ein.



¹⁴ Umfasst Straftaten in U-, S-, Eisenbahnen, Bussen und Straßenbahnen sowie an deren Haltestellen

Mehr als 80 % der Fälle, bei der Gewaltkriminalität sogar in über 90 %, ereignen sich in Bahnhöfen oder Haltestellen. In Verkehrsmitteln selbst kommt es relativ selten zu Gewaltdelikten.



Nach Verkehrsarten differenziert, entfällt mit 61,7 % der größte Anteil der Straftaten auf Bahnhöfe und Züge der U-Bahn. Sie bedient jedoch auch wesentlich mehr Fahrgäste und Bahnhöfe als die S-Bahn.

Während im SBahnbereich Fahrraddiebstähle, Straftaten nach dem Ausländerrecht und Sachbeschädigungen die Schwerpunkte bilden, kommen im U-Bahnbereich noch Leistungserschleichung und Taschendiebstahl hinzu.



Zur Sicherheit im Öffentlichen Personennahverkehr schreiten Polizeibeamte auch außerhalb des Dienstes häufig ein. In 146 der 1.193 Fälle, 7,4 % mehr als im Jahr zuvor, nahmen sie einen Rechtseingriff vor. Dabei unterstützen sie oftmals auch das Zugpersonal.

Beispielsweise fragte der Zugführer einer S-Bahn, kurz vor Einfahrt in einen Bahnhof, über Lautsprecher nach Polizeibeamten. Er bat sie um Hilfe, da ein Mann und eine Frau aus dem Gleisbereich heraus Steine auf die Fahrzeuge einer angrenzenden Firma

warfen. Der Mann legte sich schließlich kurz vor dem einfahrenden Zug auf die Gleise, um so den Zugführer zum Halten zu zwingen. Zwei Beamte setzten sich mit ihm in Verbindung und konnten beide Personen trotz Widerstandshandlungen festnehmen.

Eine Gruppe von sechs bis acht Personen ausländischer Herkunft schrie in der U-Bahn beleidigende Äußerungen über Juden, Amerika und Deutschland. Als sich eine Frau dies verbat, ging die Gruppe auf sie los. Auf die Auseinandersetzung wurden mehrere Polizeibeamte aufmerksam. Sie gingen dazwischen um die Frau zu schützen. Nun richteten sich Aggressionen gegen die Polizeibeamten, die schließlich in Körperverletzungen ausarteten. Drei Tatverdächtige wurden festgenommen, von den Übrigen die Personalien festgestellt. Drei Beamte zogen sich dabei Verletzungen zu.

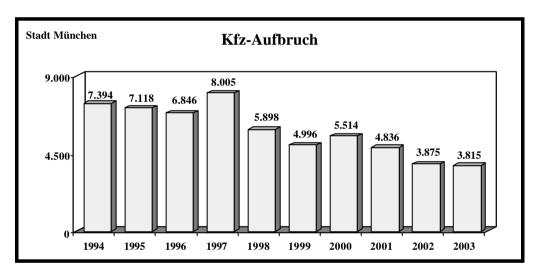
1.2.6 Straßenkriminalität 15

Straßenkriminalität weiter abgeschwächt

Der rückläufige Trend der Straßenkriminalität hielt an, hat sich aber abgeschwächt (-0,2 %). 22.415 Fälle wurden gezählt. Damit nahm die Straßenkriminalität einen Anteil von 19,8 % an allen Straftaten ein. Vor 10 Jahren lag dieser noch bei 28,9 %.

Die Aufklärungsquote (30,4 %) konnte nochmals gesteigert werden (Vorjahr: 29,0 %).

Kfz-Aufbrüche zeigen weiterhin fallende Tendenz. Gegenüber 2002 sanken sie um 1,5 % auf 3.815 Fälle. Im Vergleich zu 1994 beträgt der Rückgang 48,4 %.



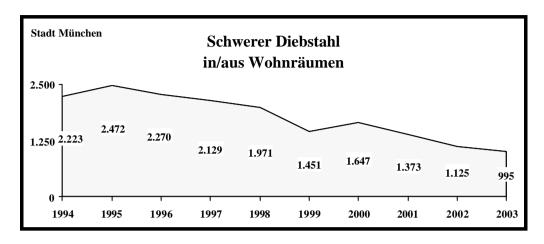
469 Kraftfahrzeugdiebstähle waren zu verzeichnen, 8,4 % weniger als im Jahr zuvor. Im Gegensatz dazu musste eine wesentlich höhere Zahl an Kraftrad-Diebstählen (353 Fälle, das sind 31,2 % mehr) bearbeitet werden. In der Mehrzahl dürfte es sich dabei um organisierte Diebstähle handeln. Vorwiegend wurden Sportmotorräder unterschiedlicher Marken entwendet.

Jahrelang sank die Zahl der Fahrraddiebstähle, 2003 wurden wieder um 7,2 % mehr als im Vorjahr angezeigt. 891 der 6.054 Delikte konnten geklärt werden. Dies entspricht einer Aufklärungsquote von 14,7 % (14,2 %).

Einbruchdiebstähle weiter rückläufig 5.442 **Einbruchdiebstähle** ¹⁶ wurden registriert, 2,5 % weniger gegenüber dem Vorjahr. Vor 10 Jahren lag die Zahl um 27,3 % höher.

¹⁵ Straftaten, die sich im öffentlichen Raum ereignen und daher am ehesten durch polizeiliche Maßnahmen beeinflussbar sind. Deliktsbereiche im Einzelnen: Vergewaltigung, sex. Missbrauch von Kindern, Exhibitionismus, Raub, gefährliche Körperverletzung, Einbruch, Diebstähle rund um das Kfz, Automaten- und Fahrraddiebstahl.

Stark rückläufig (-12,5 %) waren die schweren Diebstähle aus Büros und Werkstätten (1.338 Fälle). Auch die Wohnraumeinbrüche sind erneut deutlich gesunken. 995 Delikte sind um 11,6 % weniger als 2002. Ein solch niedriges Niveau war die letzten 20 Jahre nicht zu verzeichnen.



Demgegenüber stiegen die Kellereinbrüche auf 1.326 Delikte an. Das sind um 12,5 % mehr als im Jahr 2002.

Einbrüche gehen oftmals auf Serientäter zurück:

Ein arbeitsloser 17-jähriger Brite und ein berufsloser 24-jähriger Pole konnten vierbzw. zweimal als Serieneinbrecher festgenommen werden, wurden jedoch aufgrund ihres festen Wohnsitzes immer wieder entlassen. Nachdem ihnen etwa 300 Kellereinbrüche nachgewiesen werden konnten, gingen sie in Haft.

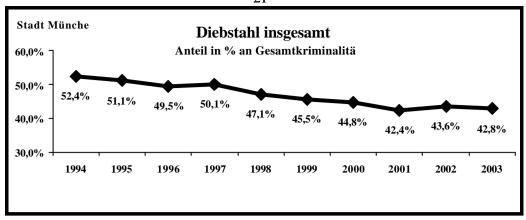
1.2.7 Straftaten gegen das Eigentum oder Vermögen

Diebstahlsanteil wieder sinkend 48.484 Diebstähle wurden registriert, 0,7 % weniger als im Vorjahr. Langfristig haben Diebstahlsanzeigen deutlich abgenommen. 2003 betrug ihr Anteil 42,8 %, vor 10 Jahren lag er noch bei 52,4 %.

Die Zahl der schweren Diebstähle ging um 1,2 % auf 15.210 Fälle und die der einfachen um 0,5 % auf 33.274 Fälle zurück.

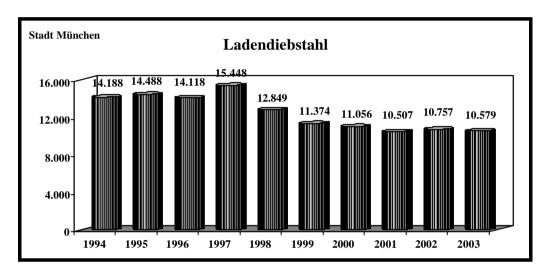
Hohe Zuwachsraten verzeichnen einfache Diebstähle von/aus Handtaschen. Die Fälle wuchsen um 21,0 % auf 2.890 an. Potenzielle Täter profitieren oftmals von der Sorglosigkeit der Geschädigten, die häufig ihre Taschen unbeaufsichtigt in Büros, Gaststätten, Krankenhäusern oder Diskotheken ablegen.

¹⁶ darunter fallen u.a. in/aus Büros, Gaststätten, Kioske, Geschäfte, Schaufenster, Wohnräume, Keller, Baustellen, Kirchen



Weniger Ladendie bstähle

Geschäftsinhaber zeigten 10.579 Ladendiebstähle im letzten Jahr an, das bedeutet einen Rückgang um 1,7 %. Die Deliktsentwicklung ist stark von geschäftseigenen Sicherungsmaßnahmen und dem Anzeigeverhalten beeinflusst.



Mehr Betrügereien

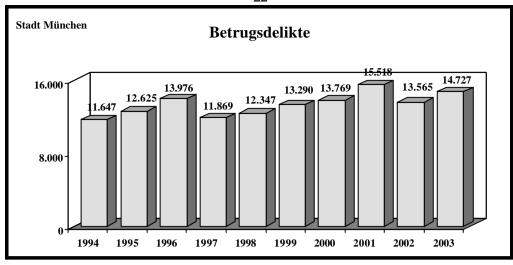
Nach einem Deliktseinbruch im Vorjahr nahmen die Betrugsdelikte wieder zu, um 8,6 % auf 14.727 Fälle. Gegenüber 1994 beträgt der Zuwachs 26,4 %.

Drastisch, exakt um 30,0 %, stieg die Zahl der Betrügereien mit rechtswidrig erlangten Debitkarten (ohne PIN) auf 1.850 Fälle.

Sie sind die Folge steigender Diebstähle von/aus Handtaschen bei denen "Plastikkarten" zum begehrten Diebesgut gehören.

Das Polizeipräsidium erprobt derzeit das Projekt "KUNO". Damit soll eine schnelle Sperrung abhanden gekommener Karten erreicht werden, um deren widerrechtliche Verwendung im elektronischen Lastschriftverfahren zu verhindern (vgl. Ziff. 2.3)

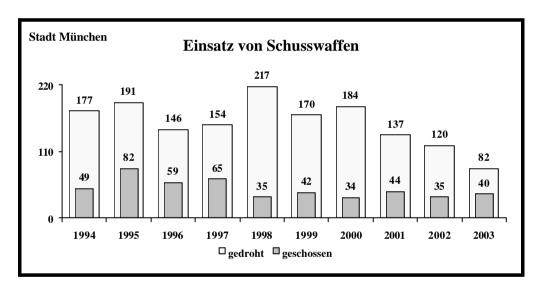
Im Betrugsbereich schlagen die Leistungserschleichungen (2.542 Fälle, das sind um 43,2 % mehr als 2002) stark zu Buche. Diese Entwicklung ist Ergebnis intensiverer Kontrollen im öffentlichen Personennahverkehr.



1.2.8 Einsatz von Schusswaffen¹⁷

Straftäter schießen öfter In 82 Fällen bedrohten Straftäter ihre Opfer mit Schusswaffen, 38 mal weniger als im Vorjahr.

Allerdings schossen die Täter in 40 Fällen, fünfmal öfter als 2002. Langfristig gehen die Bedrohungsfälle deutlich zurück, die Zahl der Schussabgaben nimmt einen Durchschnittswert ein.



Münchner Polizeibeamte schossen im letzten Jahr in einem Fall gezielt bei der Verfolgung eines gestohlenen Fahrzeugs. Verletzt wurde dabei niemand.

¹⁷ Echte oder scheinbar echte Schusswaffen

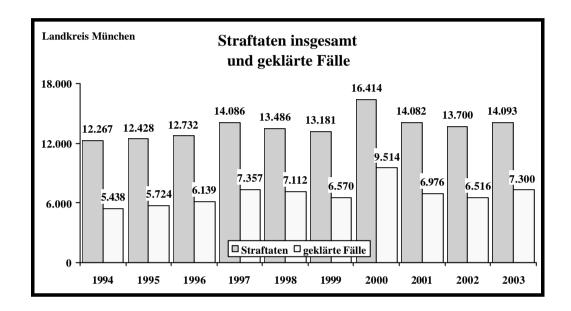
1.3 LAGE LANDKREIS MÜNCHEN

Straftatenzunahme

Gegenüber dem Vorjahr nahm die Zahl der Straftaten um 2,9 % auf 14.093 Fälle zu.

11,1 % (10,9 %) der im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums München begangenen Straftaten entfielen damit auf den Landkreis.

Ausgewirkt hat sich eine Kapitalanlage-Betrugsserie mit 341 Fällen. Sowohl der Straftatenanstieg als auch die Aufklärungsquote wurde dadurch beeinflusst. Die AQ erhöhte sich von 47,6 % auf 51,8 %.



Mehr Gewaltkriminalität

Bei der *Gewaltkriminalität* verlief die Entwicklung gegensätzlich zur Stadt. Im Landkreis stiegen die Gewaltdelikte um 9,6 % auf 298 Fälle an. Die Aufklärungsquote konnte um 5,2 %-Punkte gesteigert werden und erreichte 87,6 %.

Der Deliktsanstieg geht auf eine höhere Zahl gefährlicher/schwerer Körperverletzungen zurück. 221 Fälle wurden bekannt, 13,9 % mehr als im Jahr 2002. Besonders Kinder treten mit hohen Zuwachsraten (von 17 auf 40 Tatverdächtige) hervor.

Im Bereich der Gewaltkriminalität konnten 387 (372) Tatverdächtige ermittelt werden, darunter waren 128 (134) Nichtdeutsche. Ihr Anteil verringerte sich dadurch auf 33,1 % (36,0 %).

Straßenkriminalität nimmt zu

Die *Straßenkriminalität* nahm im Landkreis um 1,7 % auf 3.829 Delikte zu. Die Aufklärungsquote konnte auf 20,7 % (14,9 %) gesteigert werden. Die Klärung mehrerer Serien, auch im Einbruchsbereich, wirkt sich günstig aus.

Während Diebstähle rund um das Kfz um 9,1 % zunahmen, verringerten sich Einbruchsdelikte um 0,2 %. Bei Büro- (+4,0 %) und Wohnungseinbrüchen (+13,9 %) waren zum Teil auffallende Zuwachsraten zu beobachten.

Die Fahrraddiebstähle reduzierten sich gegenüber 2002 um 4,8 % auf 1.239 Fälle. Die Aufklärungsquote konnte auf 9,9 % (7,2 %) verbessert werden.

2. BESONDERE FORMEN DER KRIMINALITÄT¹⁸

2.1 RAUSCHGIFT- UND BESCHAFFUNGSKRIMINALITÄT

• Polizeipräsidium München

Hohes Niveau

Die Zahl registrierter Rauschgiftdelikte stieg um 1,5 % auf 5.309 Delikte an. Sie machen einen Anteil von 4,2 % an den Gesamtstraftaten aus. Vor 10 Jahren betrug dieser noch 3,4 %. Der Deliktsanstieg in diesem Zeitraum liegt bei 21,4 %.

Anstieg bei Drogentoten

Die Zahl der Drogentoten lag bei 72 Personen (2002:65; 2001:66; 2000:89; 1999:62; 1998:74).

Unter den Todesursachen ist mit 16,6 % (7,6 %) die hohe Suizidrate auffällig. Sie hängt möglicherweise mit individueller Perspektivlosigkeit zusammen.

Als jüngstes Rauschgiftopfer verstarb im März 2003 ein 17-jähriger Schüler nach einem Alkoholgelage und der Einnahme von Rauschgift.

Ältester Drogentoter war ein 56-Jähriger. Er wurde nach einer Betäubungsmittelintoxikation in seiner Wohnung tot aufgefunden.

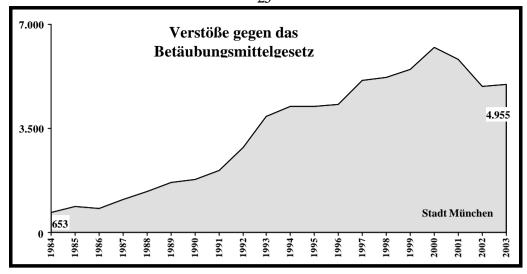
Jugendliche TV in 10 Jahren annähernd verdreifacht 764 der 5.060 Tatverdächtigen waren Jugendliche, 12,0 % mehr als im Jahr zuvor und knapp 177 % mehr als vor 10 Jahren. Damit erhöhte sich ihr Anteil an den Tatverdächtigen der Gesamtkriminalität von 7,0 % (1994) auf 15,1 % (2003).

• Stadt München

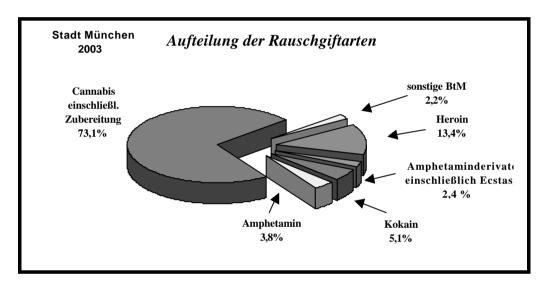
Mit 4.955 Rauschgiftdelikten wurden um 1,2 % mehr erfasst als 2002 und 17,0 % mehr als 1994.

Diese "moderate" Entwicklung täuscht. Ihre Dimension wird bei Betrachtung eines noch längeren Zeitraumes deutlich. Vor 20 Jahren wurden 653 Rauschgiftdelikte registriert, ihr Anteil an allen Straftaten lag bei 0,7 %. Im gleichen Zeitraum beträgt der Zuwachs 659 %. Ihr Anteil beträgt nun 4,4 %.

¹⁸ Bei verschiedenen Kriminalitätsformen differenziertere Darstellung nach Polizeipräsidiums-, Stadt- und Landkreisbereich untergliedert.



Der Großteil der Rauschgiftstraftaten steht im Zusammenhang mit Cannabisprodukten oder Heroin.



Hohe TV-Anteile mit BtM-Erkenntnissen

Tatverdächtige die bereits wegen Drogendelikten aufgefallen waren, begehen häufig auch andere Straftaten. 2003 gingen 11.873 geklärte Taten, 18,5 % mehr, auf ihr Konto. Insbesondere wurden

- 59,2 % der geklärten schweren Diebstähle aus Geschäften
- 56,6 % der geklärten Raubüberfälle auf Straßen,
- 55,3 % der geklärten Raubüberfälle in Wohnungen, sowie
- 46,4 % der geklärten schweren Diebstähle aus Kraftfahrzeugen,

von TV mit Drogenerkenntnissen begangen.

Ein wegen Diebstahls mehrfach vorbestrafter, lediger und arbeitsloser Heroinabhängiger beging nach seiner Haftentlassung seit August 2001 regelmäßig Diebstähle unterschiedlicher Art.

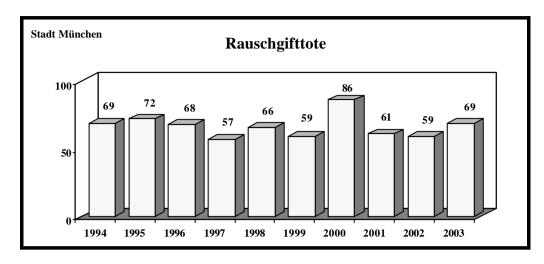
Er betrat während der normalen Öffnungszeiten Bürogebäude, Kindergärten, Musikschulen, Theater, Fitnesscenter etc. und suchte dort die einzelnen Räumlichkeiten auf. Der 38-Jährige entwendete aus Handtaschen, Rucksäcken, Schreibtischschubläden oder Jackentaschen Geldbörsen und kleine Elektrogeräte, zumeist Handys. Soweit er Geld- bzw. Kreditkarten vorfand, plünderte der Beschuldigte anschließend die Konten der Opfer.

Er wurde dreimal bei den Tatausführungen betroffen und festgenommen. Nach seiner letzten Tat wurde die Bewährung widerrufen und Haftbefehl erlassen.

Anstieg der Rauschgifttoten

Die Zahl der Rauschgifttoten stieg auf 69 (59) an. Das Durchschnittsalter zum Todeszeitpunkt betrug 33 Jahre.

18 Opfer waren weiblich, ihr Anteil an allen Drogentoten in der Stadt erhöhte sich dadurch auf 26,1 % (18,6 %).



Brennpunkte

Kritische Bereiche der Rauschgiftkriminalität sind nach wie vor das Umfeld am Hauptbahnhof mit Bayer-/Schützenstraße, der U-Bahnhof Giselastraße und der Orleansplatz/Ostbahnhof.

"Partydrogen" werden vorwiegend im Umkreis der Kultfabrik (vormals "Kunstpark Ost") angeboten.

Die bestehenden Kontaktläden stellen begleitend zu den polizeilichen Maßnahmen ein wirksames Instrumentarium zur Bekämpfung der Drogenszene dar. Unter medizinischen und sozialen Gesichtspunkten wird nicht nur Überlebenshilfe geleistet, sondern auch die Option zur Drogenfreiheit aufrechterhalten.

Zur Verhinderung offener Szenen führte das Polizeipräsidium München 169 Schwerpunkteinsätze durch, bei denen insgesamt über 15.000 Personen kontrolliert wurden. Von ca. 4.500 erteilten Platzverweisen mussten in 112 Fällen Personen zur Durchsetzung der Maßnahmen in Gewahrsam genommen werden.

Landkreis München

Mehr Betäubungsmittelstraftator Die Rauschgiftversorgung der Stadtszene wirkt sich auch im Landkreis aus.

354 Rauschgiftdelikte wurden festgestellt, 4,7 % mehr als im Vorjahr und um 154,7 % mehr als vor 10 Jahren.

Die Entwicklung im Landkreis bleibt dennoch deutlich hinter der im Stadtgebiet zurück.

Gut jeder 2. TV ein Minderjähriger

56,9 % (52,8 %) der 343 ermittelten Tatverdächtigen waren unter 21 Jahre. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Zuwachs von 9,6 %, während die Gesamtzahl der Tatverdächtigen um 1,8 % stieg.

Im Stadtgebiet liegt der Anteil minderjähriger Tatverdächtigerunverändert bei 37,1 %.

3 (6) Drogentote wurden 2003 registriert.

2.2 ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (OK)

Im Jahr 2003 wurden vom Polizeipräsidium München insgesamt 15 OK-Verfahren bearbeitet. Zu fünf fortgeführten Verfahren aus dem Vorjahr kamen 10 neue Verfahrenskomplexe hinzu.

In 11 Fällen konnte eine internationale Tatbegehung nachgewiesen werden; in fünf Fällen agierten die Tätergruppen deliktsübergreifend.

Die 10 neuen OK-Verfahren richteten sich gegen 163 Tatverdächtige, von denen 127 Nichtdeutsche waren (=77,9 %). Es erfolgten 32 Festnahmen, 24 Haftbefehle wurden vollzogen.

In zwei Verfahren wirkte das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz mit. Die Schadenssumme der neuen Verfahren betrug 7,6 Mio. € der von den Tätern erzielte Gewinn etwa 7.9 Mio. €

Die 10 OK-Neuverfahren des Jahres 2003 umfassten folgende Straftatenkomplexe:

Bildung einer kriminellen Vereinigung/Glücksspiel	1x
Schleusungskriminalität	2x
Submissionsbetrügereien/Wirtschaftskartell	1x
Organisierte Kfz-Verschiebungen/gewerbsmäßige Hehlereien	5x
Kreditbetrügereien	1x

2003 richteten sich die Ermittlungen gegen mehrere Betreiber illegaler **Sportwettbüros**. Ein belastender Nebeneffekt dieses äußerst gewinnträchtigen illegalen Glückspielbereiches ist die einhergehende Begleitkriminalität im Umfeld der illegalen Spielörtlichkeiten (Wettbüros, Gaststätten), die Abschottung der meist ethnisch begrenzten Betreiber- und Spielerkreise sowie die Gewaltbereitschaft innerhalb dieser Szene (Konkurrenzkämpfe, Repressalien innerhalb der Betreibergruppen).

Es ist damit zu rechnen, dass mit der kommenden EU-Erweiterung auch osteuropäische Straftätergruppen in diesen lukrativen Glückspielbereich vordringen.

Obwohl die strafrechtliche Relevanz aufgrund eines Urteils des EuGH unterschiedlich gesehen wird, führt das Polizeipräsidium die Ermittlungen aus den genannten Gründen weiterhin offensiv. Allerdings erfordern sie einen hohen Personal und Zeitaufwand.

Immer mehr Korruptionsverfah-

Zahlreiche **Korruptionsverfahren** lasten unsere Dienststellen aus. Neu eingeleitet wurde 2003 ein Großverfahren gegen Verantwortliche eines Pharmaunternehmens sowie gegen etwa 120 Ärzte.

Die Beteiligten stehen in Verdacht, über Jahre hinweg für ärztliche Verschreibungen eines bestimmten Medikamentes Bestechungsgelder bezahlt oder andere geldwerten Vergünstigungen gewährt bzw. solche angenommen zu haben.

Bei einer Großaktion im Juli 2003 in München und weiteren deutschen Städten wurden 50 Objekte durchsucht. Über 300 Umzugskartons mit schriftlichen Unterlagen sowie die komplette auf EDV gespeicherte Buchhaltung der deutschen Tochtergesellschaft dieses weltweit operierenden Konzerns wurden sichergestellt.

Bereits 2002 wurden etwa 20 Verfahren gegen Verantwortliche von Hausverwaltungen wegen Preisabsprachen eingeleitet und Durchsuchungen vorgenommen. Die Auswertungen der Durchsuchungsergebnisse führten nun zu ca. 70 weiteren Ermittlungsverfahren gegen Verantwortliche von Hausverwaltungen.

Die Bildung illegaler **Wirtschaftskartelle** ebbt, trotz vereinzelt hoher Haftstrafen (wie im Fall des Münchner "Küchenkartells") nicht ab. Das zeigt ein Ermittlungsverfahren gegen Hersteller von Bühnentechniksystemen wegen langjähriger illegaler Preisabsprachen.

Im Oktober 2003 wurden unter Federführung des Polizeipräsidiums München bundesweit 27 Objekte durchsucht und sechs Beschuldigte in Haft genommen. Der gesamte Umfang des Verfahrenskomplexes ist derzeit noch nicht absehbar.

Solche Wettbewerbsbetrügereien führen insbesondere bei den ausschreibenden Kommunen und öffentlichen Einrichtungen zu erheblichen Mehrkosten.

Im Bereich vorgetäuschter Verkehrsunfälle wurden 19 Durchsuchungsaktionen vorgenommen. 46 ermittelten Tatverdächtigen brachten diese Betrügereien beachtliche Verurteilungen ein.

Die befassten Gerichte urteilten über 51 Beschuldigte. Sie sprachen in 151 Fällen Freiheitsstrafen von 588 Monaten, davon 247 ohne Bewährung, aus. Die Strafen reichten von 90 Tagessätzen bis vier Jahren und drei Monate.

Die EG VVU ermittelte gegen einen 31-jährigen Arbeitslosen wegen abgesprochener Verkehrsunfälle. In diesem Zusammenhang wurden im November 2003 sieben Wohnungen durchsucht. Dabei konnten u.a. Dokumente sichergestellt werden, die weitere auffällige Verkehrsunfälle zum Vorschein brachten. Insgesamt richteten sich die Ermittlungen gegen 20 Beschuldigte, denen 25 abgesprochene Schadenfälle zur Last gelegt werden. Der den Versicherungen entstandene Schaden liegt bei 151.000 € Der 31-Jährige, gegen den ein Haftbefehl erwirkt worden war, wurde bei der Durchsuchung angetroffen und festgenommen. Er war wie ein Großteil der Mittäter geständig und befindet sich nunmehr in Untersuchungshaft. Er hat mit einer mehrjährigen Freiheitsstrafe zu rechnen.

Zu einer Freiheitsstrafe von 3 Jahren und 4 Monaten verurteilt wurde im September vergangenen Jahres ein 27-jähriger deutsch-indonesischer BWL-Student. Der jetzt in der JVA Landsberg untergebrachte Student, der über 30 provozierte Verkehrsunfälle zu verantworten hat, war am 27.02.03 festgenommen worden. In diesem Verfahren werden auch ein Kfz-Sachverständiger und ein Rechtsanwalt als Beschuldigte geführt. Diese hatte der 27-Jährige nach fast jedem Unfallereignis aufgesucht, um ein Gutachten erstellen zu lassen bzw. seine Ansprüche bei den gegnerischen Versicherungen durchzusetzen. Bei Letzteren hatte er einen Schaden von 90.000 €verursacht.

Kfz-Verschiebungen weiterhin aktuell

Die Fallzahlen bei organisierten **Kfz-Vers chiebungen** ins Ausland sowie gewerbsmäßigen Hehlereien von hochwertigen Kfz erreichten Vorjahresniveau.

Anfang 2003 konnten bei einem in München ansässigen italienischen Kfz-Händler mehrfach hochwertige Gebrauchtfahrzeuge festgestellt werden, die in Italien von Italienern mittels nicht gedeckter Schecks betrügerisch angemietet und nach München verschoben wurden.

Mit den Originaldokumenten aus Italien beantragte ein Strohmann unmittelbar nach der Überführung der Fahrzeuge deutsche Kfz-Briefe. Hierbei kam der Tätergruppe zugute, dass die italienischen Behörden keine oder erst deutlich verspätet Fahndungsausschreibungen veranlassten.

Der italienischen Tätergruppe konnten insgesamt 21 Kfz-Verschiebungen mit einer Schadenssumme von rund 500.000 €nachgewiesen werden.

Einer 14-köpfigen bulgarischen Tätergruppierung konnten 13 Fälle betrügerischer Kfz-Anmietungen mit anschließenden Verschiebungen über Frankreich, Spanien nach Marokko zugeordnet werden. Gegen neun Täter wurden Haftbefehle erwirkt, von denen bislang vier vollzogen werden konnten.

Die Ermittlungen ergaben Querverbindungen zu weiteren international agierenden bulgarischen Tätergruppen.

Ziel ihrer Verschiebungen waren Bulgarien bzw. kaukasische und arabische Länder. Die internationale Verflechtung der Tätergruppen, die relativ offenen Grenzen sowie die Verbringungswege der Kfz über Europa hinaus erschweren die kriminalpolizeilichen Ermittlungen erheblich. Der Ermittlungsaufwand ist entsprechend hoch.

Organisierte Einschleusungen aus Fernost Im Bereich der gewerbsmäßigen **Schleusungskriminalität** wurden 2003 vom Polizeipräsidium München zwei Großverfahren geführt.

Die gemeinsam mit dem BGS gebildete Arbeitsgruppe "China" ermittelte gegen eine 14-köpfige Tätergruppe, bestehend aus 12 Chinesen und zwei Deutschen.

Im Laufe verdeckter, später offen geführter Ermittlungen konnte die Gruppe sowie weitere sechs Personen vorläufig festgenommen und vier Haftbefehle vollzogen werden.

Die Tatvorwürfe der 86 einzelnen Straftatenkomplexe umfassten u.a. fortgesetzte illegale Einschleusungen chinesischer Staatsangehöriger mittels erschlichenen Visa, durch Falschbeurkundungen erlangte illegale Passbeschaffungen, Scheinehenvermittlungen, Ausschleusungen ins benachbarte Ausland, Dokumentenfälschungen sowie Ausstellen fingierter Lohnbuchungen im großen Stil. Die nachweisbar erzielten Tätergewinne von über 300.000 € wurden wiederum über Strohmannkonten verschleiert. Die tatsächlichen Tätereinnahmen dürften weit höher liegen; der entstandene Schaden umfasst mindestens 600.000 €

Das zweite Großverfahren richtete sich gegen eine vietnamesische Tätergruppe, die mehrfach Vietnamesen illegal einschleuste, in mindestens 18 Fällen Scheinehen mit dem Ziel eines dauerhaften Aufenthaltes in Deutschland vermittelte sowie illegal mit raubkopierten Tonträgern handelte. Daneben betätigen sie sich auch im Prostitutionsgewerbe.

Die Ermittlungen gegen die bislang festgestellten 29 Vietnamesen und 13 Deutschen dauern noch an.

Auch eine Serie gut organisierter **Krediterlangungsbetrügereien** zum Nachteil verschiedener Münchner Banken konnte aufgedeckt werden. Jugoslawische Staatsangehörige erlangten nach Vorlage von gefälschten oder verfälschten Ausweisdokumenten sowie gefälschten Lohnbescheinigungen Sofortkredite von durchschnittlich 20.000 bis 25.000 €

Die erhaltenen Bargeldbeträge flossen zum Großteil an die Tätergruppe zurück, die die Rekrutierung der Kreditnehmer übernahm sowie die organisatorischen Abläufe bestimmte.

Gegen vier inhaftierte Haupttäter einer Gruppe wird in Kürze aufgrund 18 nachgewiesener Taten Anklage wegen gewerbsmäßigem Bandenbetrug erhoben.

2.3 WIRTSCHAFTSKRIMINALITÄT

Anlagebetrug ist ein klassisches Delikt der Wirtschaftskriminalität. Bedingt durch größere Serien, schnellten die Zahlen gegenüber dem Vorjahr von 79 auf 946 Delikte hoch.

Anlagebetrug

Eine Vermögensverwaltungs GmbH und Trade Factoring AG boten vor allem mittelständischen Unternehmen eine zusätzliche Finanzierungsquelle für kurzfristige Finanzierungen des Wareneinkaufs bzw. des Produktabsatzes (sog. "Warenstreckengeschäfte") an.

Sie trat hierbei als Zwischenkunde auf, der die jeweilige Ware vom Lieferanten unter Einbehalt von Skonto erwarb und - ohne Weitergabe des Skonto - an den ursprünglichen Abnehmer weiterverkaufte, der über eine von einer Kreditversicherung festgelegte Bonität verfügen musste.

Die Refinanzierung der bereitgestellten Mittel erfolgte durch Bankkredite und vor allem private Geldanleger, denen Renditen in Höhe von ca. 12 % p.a. in Aussicht gestellt wurden.

Über Jahre hinweg haben ca. 150 Anleger mindestens 10 Mio. €angelegt. Ein großer Teil der bisher ausgeschütteten Gewinnanteile und Kapitalrückzahlungen wurde aus neuen Anlagegeldern bezahlt, da das beschriebene System so nicht funktionierte. Ein Großteil der Anlegergelder (ca. 9 Mio. €) ist somit nicht vertragsgemäß verwendet worden.

Der kurz nach seinem mysteriösen Verschwinden im Oktober 2002 in Martinique festgenommene Firmenverantwortliche wurde von den dortigen Behörden ausgeliefert und nach seiner Ankunft in München aufgrund des bestehenden Haftbefehls festgenommen. Er befindet sich seither in Untersuchungshaft.

Bankgarantien

Zwei Beschuldigte betrieben gemeinsam mit weiteren Beteiligten betrügerischen Handel mit Bankgarantien und schlossen oder veranlassten zahlreiche Treuhand-, Investment-, Kredit- und Beteiligungsverträge.

Ein derartiger Handel mit Bankgarantien existiert im realen Wirtschaftsleben nicht. Vielmehr handelt es sich um ein rein erfundenes Gebilde, das nur dem Zweck dient, Anlegern übermäßige Gewinnaussichten vorzuspiegeln.

Ein Großteil der einbezahlten Anlagegelder in Gesamthöhe von über 7 Mio. €befindet sich auf einem Konto bei einer Schweizer Bank. Durch die gute internationale Zusammenarbeit konnten die Betrugsdelikte weitgehend aufgeklärt und die Täter festgenommen werden. Sie befinden sich seitdem in Haft.

"Firmenbeerdiger"

Eine in München operierende Tätergruppe inserierte seit 2002 regelmäßig in überörtlichen Zeitungen und bot zahlungsunfähigen bzw. überschuldeten Unternehmern Wege an, ihrer straf- und zivilrechtlichen Verantwortung zu entkommen. Gegen Zahlung einer Gebühr in Höhe von 5.000 bis 50.000 €für angebliche Beratungsleistungen übernahmen die Täter für einen symbolischen Kaufpreis die Gesellschaftsanteile der insolventen Firmen sowie die Geschäftsführung.

Sofort wurde der Firmensitz verlegt und anschließend die Firma an einen Mittäter ins Ausland weiterverkauft. Nach Vernichtung der Geschäftsunterlagen wurden dann Gläubiger und Insolvenzverwalter an den letzten Verantwortlichen verwiesen um so das Insolvenzverfahrensrecht auszuhebeln.

Mit Hilfe eines Sammelverfahrens und der Sicherstellung umfangreicher Geschäftsunterlagen konnten diese Zusammenhänge bei ca. 200 übernommenen Firmen aufgezeigt werden

Ermittlungsverfahren gegen die ursprünglichen Firmenverantwortlichen und ein Sammelverfahren gegen fünf "Firmenbeerdiger" wurden eingeleitet, ein Täter festgenommen. Die Tatvorwürfe umfassen im Wesentlichen Insolvenzverfahrensverschle ppung, Betrug, Untreue und Bankrott.

Bisher wurden Beratungshonorare in Höhe von rund 2 Mio. €bekannt, der Insolvenzschaden beläuft sich auf mehrere Millionen € Weitere Ermittlungen zu den Verflechtungen sind notwendig.

Daneben spielt in diesem Deliktsbereich die sich rasant entwickelnde IuK¹⁹-Technik mit ihren vielfältigen Ausprägungen eine immer größere Rolle.

-

¹⁹ Information und Kommunikation

"Telefonanlagenhacking" Im Juli 2003 stellte die Verwaltung eines Museums ein überhöhtes Gebührenaufkommen zu Premium-Mehrwertdiensten (0190-Nummern) fest. Ursprünglich wurde angenommen, die Telefonate seien intern geführt worden. Die Ermittlungen und weiteren Auswertungen ergaben aber, dass die Anrufe von außerhalb erfolgten, vorher von den Tätern die Telefonanlage gezielt nach Sicherheitslücken abgescannt und offensichtlich eine Schwachstelle ausgenutzt wurde. Die Ermittlungen gegen mehrere Tatverdächtige sind noch nicht abgeschlossen, die Schadenssumme beträgt 20.000 €

"Computerbetrug"

Mit Tatort "Internet" traten vermehrt Fälle von Computerbetrug auf, bei denen die Täter unter Verwendung falscher, fiktiver und fremder Kontoverbindungsdaten, Leistungen von Internet-Diensteanbietern entgegennahmen und so einen der größten Online-Abrechner Deutschlands in Millionenhöhe schädigten.

"Raubkopien"

Bereits in den Jahren 2001 und 2002 wurden bundesweit zahlreiche Durchsuchungen gegen Hersteller und Vertreiber von gefälschten Softwareprodukten durchgeführt. Eine weitere Auswertung von Geschäftsunterlagen der einzelnen Firmen erbrachte Hinweise auf eine deutschlandweit auftretende Tätergruppe, die gewerbsmäßig mit gebzw. verfälschten Softwareprodukten handelt.

Hierzu zählten auch zwei Firmen im Zuständigkeitsbereich, die 150 totalgefälschte Softwarepakete verkaufte.

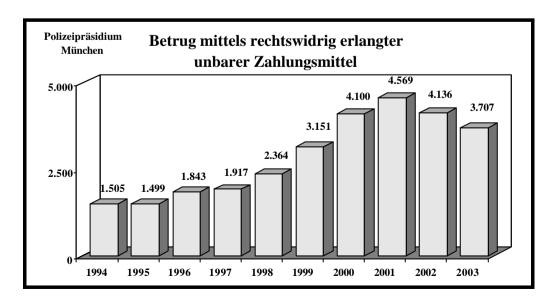
Bei einer weiteren bundesweiten Durchsuchungsaktion gegen die Produktfälscher wurden zeitgleich rund 30 Objekte, darunter die Wohnungen und Geschäftsräume der hier Beschuldigten, durchsucht und ca. 400 vermutlich gefälschte Softwarepakete aufgefunden.

Eine erste Durchsicht der ebenfalls sichergestellten Geschäftsunterlagen zeigt bereits enge Beziehungen der betroffenen Firmen untereinander auf, bei denen Verschleierungspraktiken verwendet wurden.

Die Schadenssumme beträgt allein durch die beiden hier ansässigen Firmen rund 2.7 Mio. €

Unbare Zahlungsmittel Die Fälle des Betrugs mittels rechtswidrig erlangter unbarer Zahlungsmittel, gingen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 10,4 % auf 3.707 Fälle zurück.

Trotzdem erhöhte sich das Niveau innerhalb der letzten 10 Jahre noch um 146,3 %. Dabei bekommt der betrügerische Einsatz von Debitkarten ohne PIN (persönliche Geheimnummer) eine immer größere Bedeutung. Mehr als die Hälfte (51,9 %) der registrierten 3.707 Fälle sind dieser Variante zuzurechnen. Diese "Plastikkarten" sind nach Bargeld und Handys stark begehrtes Stehlgut bei den verschiedensten Arten von Diebstählen.



"KUNO"

Am 01.02.04 startete beim PP München das in Dresden entwickelte Projekt "KUNO" (Kriminalitätsbekämpfung im unbaren Zahlungsverkehr unter Nutzung nichtpolizeilicher Organisationsstrukturen). Ziel dieses Pilotversuchs ist es den Debitkartenbetrug (früher EC-Karte) im sog. elektronischen Lastschriftverfahren (ELV) und den Kreditkartenbetrug einzudämmen. Dazu werden direkt bei Anzeigenaufnahme durch die Polizei die rekvanten Kontodaten bzw. Kartendaten mittels E-Mail an die beteiligten Einzelhandelsunternehmen übermittelt, um die Karte zu sperren.

Die seit Projektstart gemachten Erfahrungen sind durchwegs positiv. Im Monat Februar 2004 wurden insgesamt 538 Datensätze (entspricht 407 Sperrmeldungen) mittels "KUNO" gesperrt. Dabei handelt es sich um 438 Debitkarten und 100 Kreditkarten. Bisher wurde kein Fall eines missbräuchlichen Einsatzes einer so gesperrten Karte angezeigt.

Verlässliche Aussagen über einen Rückgang der Fallzahlen können derzeit noch nicht gemacht werden. Beim Anzeigeneingang ist ein rückläufiger Trend erkennbar.

Straftäter sind aber auch sehr erfinderisch um neben der EC-Karte auch an die dazugehörige Geheimnummer zu gelangen.

"Loop-Fälle"

Anfang August 2003 wurden in der Innenstadt vermehrt sog. "Loop-Fälle" registriert. Eine bis dahin unbekannte Gruppe von 16 Tätern brachte Vorrichtungen in den Einzugsschächten diverser Geldautomaten an, um die von Bankkunden eingeschobenen EC-Karten abfischen zu können. Um an die PIN zu gelangen, boten sie dem verdutzten Bankkunden ihre Hilfe an, da am Automaten eine Fehlermeldung erschien. Bei der nochmaligen Eingabe der Geheimzahl erspähten sie dann bei den hilflosen Bankkunden die PIN.

Letztendlich gaben die Bankkunden auf und nahmen fälschlicherweise an, die EC-Karte sei aufgrund eines Automatendefekts eingezogen worden. Sobald sich der Bankkunde entfernte entnahmen die Täter die EC-Karte und plünderten das Konto des Opfers.

Die in Zusammenwirken mit den Geschädigten eingeleiteten Maßnahmen führten zur Festnahme eines 24-jährigen Rumänen, gegen den Haftbefehl erlassen wurde. Obwohl die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen sind, werden schon jetzt der Tätergruppe in München 15 Taten zur Erlangung von EC-Karten und 59 Kontoabhebungen mit einem Schaden von annähernd 30.000 €zur Last gelegt.

Rechnungsähnliche Angebote Ein Telefonbuchverlag versandte im Februar 2003 tausende Scheinrechnungen an Firmen im gesamten Bundesgebiet, mit denen diese zur Zahlung von jeweils 498 €veranlasst werden sollten. Tatsächlich handelte es sich bei diesen "Rechnungen" aber um Vertragsangebote zur Aufnahme in ein "online-Branchenbuch" was jedoch nur bei genauestem Studium des Schreibens und der Vertragsbedingungen erkennbar war. Zudem erweckten die Schreiben den Eindruck einer regulären Telekomrechnung, da sie auch in den Farben der Deutschen Telekom gehalten waren.

Nicht weniger als 2.000 leichtgläubige Empfänger überwiesen den scheinbaren Rechnungsbetrag, so dass rund 1 Mio. €auf dem Konto der drei Beschuldigten eingingen. Der Haupttäter wurde kurzfristig in Untersuchungshaft genommen.

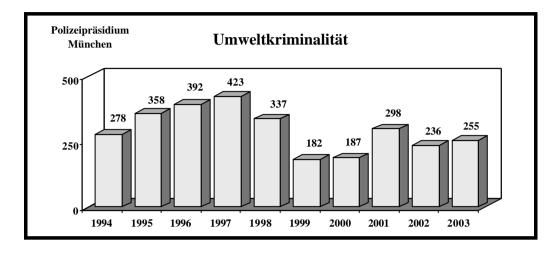
2.4 UMWELTKRIMINALITÄT²⁰

• Polizeipräsidium München

²⁰ beinhaltet: Straftaten gegen die Umwelt, Sprengstoff- und Strahlungsverbrechen, gemeingefährliche Vergiftung, Straftaten in Zusammenhang mit Lebensmitteln und Straftaten gegen Nebengesetze auf dem Umweltsektor.

Die bekanntgewordene Umweltkriminalität stieg wieder an, um 8,1 % auf 255 Fälle. Die Aufklärungsquote betrug 71,0 % (72,0 %).

Auch wesentlich mehr Ordnungswidrigkeiten sind auf dem Umweltsektor festzustellen. Insbesondere handelt es sich um Verstöße gegen das Naturschutz- (von 103 auf 264) und Immissionsschutzgesetz (von 28 auf 44).



• Stadt München

191 (206) Fälle von Umweltkriminalität wurden in der Stadt München gezählt, 7,3 % weniger als im Vorjahr.

Darunter waren folgende Umweltstraftaten nach dem StGB²¹:

•	Verunreinigung eines Gewässers	2
•	Luftverunreinigung	2
•	Unerlaubtes Betreiben von Anlagen	1
•	Umweltgefährdende Abfallbeseitigung	40

Auf einem 60.000 m² großen Grundstück wurde ein Gebrauchtwagenhandel von mehreren Autohändlern betrieben. Nach Aufgabe des Grundstücks blieben innerhalb sowie außerhalb des Areals rund 60 Schrottfahrzeuge, in der Mehrzahl teilausgeschlachtet, zurück. Zusätzlich ist das gesamte Gelände mit jedwedem Müll wie Fahrzeugkarosserieteilen, Sperr-, Haus- und Gewerbemüllabfällen, belastet.

Die Schadenshöhe ist noch nicht absehbar, gegen die Verantwortlichen wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Ermittelt wird wegen umweltgefährdender Abfallbeseitigung oftmals nach unsachgemäßer Beseitigung von Altöl, asbesthaltigen Materialien oder ähnlich umweltbelastenden Stoffen.

• Landkreis München

64 (30) Umweltdelikte entfielen auf den Landkreis. Damit stieg in diesem Bereich die Zahl der bekannt gewordenen Straftaten um mehr als das Doppelte (113,3 %).

Darunter erhöhte sich die Zahl der umweltgefährdenden Abfallbeseitigung von 14 auf 35 Fälle.

Ein Kind und ein Jugendlicher hatten aus einer versperrten Lagerhalle neun kleine Fläschchen mit jeweils ca. 500 Gramm reinem Quecksilber entwendet. Dieses wurde

-

²¹ Strafgesetzbuch

in dem Gebäude von einem Entsorgungsbetrieb unter Beachtung der immissionsrechtlichen Vorschriften gelagert. Beide Tatverdächtige brachten die hochgiftige Flüssigkeit im Gemeindebereich und in verschiedenen Wohnanwesen aus.

Die beiden Tatverdächtigen sowie ein anderer Jugendlicher kamen in der gleichen Nacht mit Vergiftungserscheinungen in ein Krankenhaus, 17 weitere Personen mussten sich in ärztliche Behandlung begeben.

Die kontaminierten Örtlichkeiten wurden nach Durchführung entsprechender Messungen und notwendiger Reinigungen wieder freigegeben.

Gegen den jugendlichen Tatverdächtigen wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

2.5 JUGENDKRIMINALITÄT

• Polizeipräsidium München

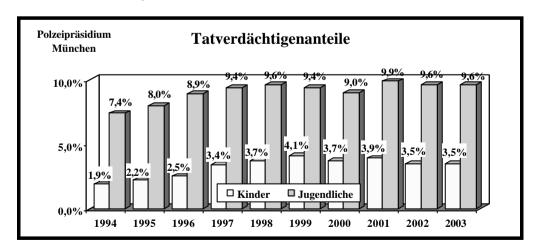
"AG PROPER"

Seit September 2000 wird bei jugendlichen Intensivtätern ein personenorientierter Ermittlungsansatz praktiziert. Die beim Kriminalkommissariat 124 eingerichtete Arbeitsgruppe "PROPER" ermittelte bisher gegen 22 (2001), 41 (2002) und nun 46 minderjährige Intensivtäter, darunter 5 (1) Mädchen, in 309 Straftaten. Einbezogen wurden darüber hinaus 135 Mittäter aus dem Umfeld dieser Problemgruppe.

Zwei erheblich auffällige 14- und 16-jährige Mädchen (darunter eine libanesische Staatsangehörige) dirigierten eine gleichaltrige Ukrainerin in den alten Botanischen Garten, stießen sie zu Boden, raubten ihr Handy und Walkmann und nötigten sie anschließend mit in ein nahegelegenes WC zu gehen. Dort schlugen sie auf sie ein, hielten ihr eine Schere an die Brust und drohten sie abzustechen. Zuletzt schnitten sie der Geschädigten ihre langen Haare ab, sie bedrohten sie mit dem Tode falls sie zur Polizei gehen würde. Die Täterinnen konnten ermittelt und festgenommen werden. Gegen beide Mädchen erging Haftbefehl.

2003 wurden unter den 54.858 Tatverdächtigen in der Polizeilichen Kriminalstatistik 1.909 Kinder, 5,2 % mehr als 2002 und 5.277 Jugendliche, 5,4 % mehr als im Vorjahr, erfasst.

Ihr Anteil an allen Tatverdächtigen blieb unverändert - 9,6 % bei Jugendlichen und 3,5 % bei Kindern. Im 10-Jahresvergleich stieg er bei den tatverdächtigen Kindern um 1,6 %-Punkte und Jugendlichen um 2,2 %-Punkte an.



• Stadt München

1.675 Kinder, 3,6 % mehr und 4.756 Jugendliche, 4,7 % mehr, wurden in der Stadt München als Tatverdächtige registriert. Ihr Anteil an allen 49.542 Tatverdächtigen betrug gleichbleibend 3,4 % bei Kindern und 9,6 % bei Jugendlichen.

Langfristig deutlich mehr minderjährige Gewalttäter Eine deutlichere Zunahme zeigt sich bei der Gewaltkriminalität.

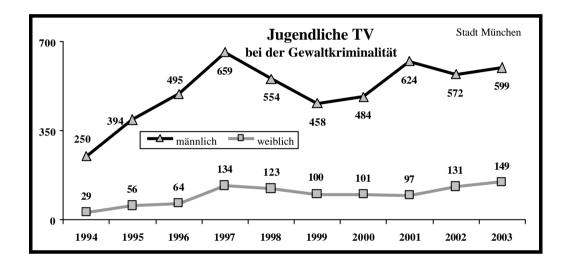
230 tatverdächtige Kinder registrierten wir, ein Zuwachs um 11,7 %; Bei den Jugendlichen waren es um 6,4 % mehr TV (748).

Die Dimensionen zeigen sich im langfristigen Vergleich: 1994 waren noch 61 tatverdächtige Kinder und 279 Jugendliche zu verzeichnen.

Von dieser negativen Entwicklung sind beide Geschlechter betroffen. 599 männliche, jugendliche TV (+139,6 % gegenüber 1994), stehen 149 weiblichen (413,8 % mehr als vor 10 Jahren) gegenüber.

Aktuell entspricht dies einem Anteil von 17,2 % (Männer) und 24,7 % (Frauen) an allen TV ihres Geschlechts.

Der jeweilige Einwohneranteil beträgt bei den Jungen 3,2 % und bei den Mädchen 2,8 %.



Kinder und Jugendliche werden bei den einzelnen Straftaten unterschie dlich auffällig. Hohe Anteile haben sie insbesondere bei folgenden Delikten:

Stadt München 2003	Kinder	Jugendliche
Gewaltkriminalität	5,6%	18,3%
Raub	7,0%	28,6%
darunter		
- Handtaschenraub	4,5%	38,8%
- Straßenraub	5,9%	36,3%
gefährliche/schwere Körperverlet-	5,8%	17,8%
zung		
Straßenkriminalität	5,8%	24,5%
Diebstahl insgesamt	8,1%	16,0%
Diebstahl von Fahrzeugteilen	4,1%	20,0%
Diebstahl aus Kraftfahrzeugen	2,6%	20,8%
Fahrraddiebstahl	7,5%	29,4%
Ladendiebstahl	10,1%	15,6%
Sachbeschädigung	7,1%	19,9%

• Jugend- und gruppentypische Gewaltdelikte²²

Jugend-/gruppentypische Gewalt unverändert Die Zahl der im Jahr 2003 in der Landeshauptstadt München erfassten jugend-/gruppentypischen Gewaltdelikte blieb konstant (704 / 705).

Sexualdelikte nahmen um 18,2 %, Raubhandlungen um 11,6 % und Sachbeschädigungen um 7,3 % zu. Ein Rückgang um 6,0 % war bei Körperverletzungsdelikten zu verzeichnen.

Ein 14-jähriger Bosnier und ein 15-jähriger Türke gingen am 01.06.2003 gegen 00.30 Uhr zusammen mit einem 13-jährigen Türken eine Straße im Münchner Westen entlang. Ein 65-Jähriger stand in seinem Garten und beschwerte sich über das laute Grölen der Gruppe. Es kam zu einem Streit, der darin gipfelte, dass der 13-Jährige dem Mann eine Gabel in den Kopf rammte, die zuvor zu einer Art Schlagring umgebogen worden war. Sie blieb im Kopf des Mannes stecken und musste operativ entfernt werden. Die Tatverdächtigen konnten ermittelt und festgenommen werden.

Von den ermittelten 1.683 Tatverdächtigen waren 842 Nichtdeutsche, ihr Anteil (50,0 %) ist im Vergleich zum Vorjahr (50,5 %) nahezu unverändert.

Im Bereich der Raubdelikte beträgt dieser 61,3 % (61,7 %), bei Körperverletzungen 53,3 % (53,4 %) und bei den Sexualstraftaten 76,5 % (74,2 %). Lediglich bei den Sachbeschädigungen fielen weniger Nichtdeutsche (27,7 %) als Deutsche (72,3 %) auf.

Gruppenstrukturen/Zusammensetzung

Auch 2003 waren keine Jugendbanden mit festen Organisationsstrukturen erkennbar. Es handelt sich mehr um lose Gruppierungen.

Die Aggression beginnt oftmals im frühen Alter:

Im Juli 2003 schlugen ein 11-Jähriger, drei 12-Jährige und fünf 14-Jährige deutscher und nichtdeutscher Herkunft in einem S-Bahnhof auf ein 13-jähriges Kind ein und versuchten dessen Skateboard zu rauben. Als dies misslang flüchteten die Täter. Sie konnten ermittelt werden.

Messer – meist verwendete Waffe Waffen bzw. gefährliche Gegenstände kamen bei den jugend-/gruppentypischen Gewaltdelikten in 23,0 % (28,4 %) der Fälle zum Einsatz. Obwohl ein deutlicher Rückgang bei Messern festzustellen ist, werden diese unter den Waffen immer noch am häufigsten verwendet. Brandmittel und körperliche Gewalt setzen Täter zunehmend ein.

²² Gemeinschaftlich begangene Straftaten durch Angehörige von Jackengruppen sowie sonstigen Gruppierungen, die bereits durch Begehung von Gewaltdelikten auffällig wurden.

Jugend- und gruppentypische Gewaltdelikte;	Anzahl				
eingesetzte Waffenart	1999	2000	2001	2002	2003
- Messer	44	44	38	47	22
- Soft-Air-Waffen**				4	6
- Baseballschläger/Schlagstock/Holzlatten/Ketten	26	23	11	11	11
- Gaspistolen/-revolver	35	31	15	5	7
- Flaschen/Gläser	12	21	14	17	14
- Gassprays	3	2	3	4	1
- Schlagring	0	2	4	1	1
- Nun-Chaku	0	0	0	0	0
- Steine	10	10	14	11	12
- Elektroschocker	0	2	0	0	0
- Brandmittel	13	25	17	18	22
- Sonstiges*	76	23	63	82	64
- unmittelbare körperliche Gewalt	441	523	480	505	542

^{*} u.a. Pyrotechnische Gegenstände, Sprüh-/Getränkedosen, Scheren, Gürtelschnallen.

Trotz des Rückgangs bewaffneter Tatverdächtiger ist die Tatbegehung oftmals von besonders rücksichtslosem und brutalem Vorgehen gekennzeichnet.

Fünf Jugendliche zwischen 14 und 17 Jahren, darunter ägyptische, italienische und türkische Staatsangehörige, schlugen gemeinsam auf einen 14-jährigen Chinesen ein. Als dieser zu Boden ging, misshandelten sie ihn weiter mit einer Holzstange. Erst als das Opfer bewusstlos liegen blieb, ließen sie von ihm ab und flüchteten. Ein Anwohner fand den Geschädigten und verständigte Polizei und Notarzt. Das Opfer wurde zur stationären Behandlung in ein Krankenhaus gebracht. Die jugendlichen Täter konnten ermittelt und festgenommen werden.

In einem anderen Fall stiegen vier bislang noch unbekannte Jugendliche aus einem Fahrzeug und gingen auf eine 27-Jährige zu, die im nahen Park mit einem Malteserwelpen spazieren ging. Die Jugendlichen nahmen den Hund und spielten so lange mit ihm "Fußball", bis dieser mit einem Genickbruch tot in der Wiese liegen blieb. Daraufhin flüchteten die Täter unerkannt mit ihrem Pkw.

Gewalt an Schulen

Mit 964 Straftaten an Münchner Schulen²³ weist die Polizeiliche Kriminalstatistik einen Rückgang von 10,1 % auf. Dagegen stieg die Gewaltkriminalität um fünf Fälle auf 78 Fälle an.

Eine leicht steigende Tendenz war bei gefährlichen/schweren Körperverletzungs-, Raub- und Sexualdelikten zu beobachten

Polizeiliche Kriminalstatistik/Schulen	1999	2000	2001	2002	2003
Straftaten insgesamt	898	937	958	1.072	964
- schwere Sexualdelikte*	7	4	9	9	10
- Raubdelikte	10	19	14	18	20
- Körperverletzung insgesamt	117	141	128	158	157
gefährliche/schwere Körperverletzung	37	48	47	54	57
- Sachbeschädigung	96	94	150	132	129
- Rauschgiftdelikte	18	45	33	30	19
- Freiheitsberaubung/Nötigung/Bedrohung	14	28	39	59	40

^{*} Vergewaltigung, sexuelle Nötigung und Sexueller Missbrauch von Kindern

Im Zusammenhang mit dem Schulbetrieb wurden 65 (56) jugend-/gruppentypische Gewalttaten bekannt, davon 21 (17) auf dem Schulweg.

^{**} erst ab 2002 aufgenommen.

²³ Delikte, bei denen der Tatort Schule war

Waffen in der Schule In 89,2 % (83,9 %) der Gewaltdelikte die Schulzusammenhang haben, setzten die Täter körperliche Gewalt ein. Lediglich in einem Fall fand eine Gaspistole Verwendung. Bei den sonst eingesetzten Tatmitteln handelt es sich um Gebrauchsgegenstände.

> In der Toilette einer Schule bedrohten ein bisher Unbekannter und ein 19-jähriger Serbe, einen 18-Jährigen. Sie forderten die Herausgabe seines Geldes und des Handys. Während der Geschädigte sein Handy freiwillig herausgab, wurde ihm der Geldbeutel gewaltsam entrissen. Der Serbe, Schüler dieser Schule, wurde von der Polizei ermittelt. Über seinen Komplizen schweigt er sich aus.

Landkreis München

2003 wurden im Landkreis insgesamt 6.212 TV ermittelt (+7,5 %). Während sich die Zahl tatverdächtiger Kinder um 19,7 % auf 255 TV erhöhte, waren dies bei den Jugendlichen um 9,9 % mehr. Ihre Zahl betrug 657 TV.

Im Landkreis verzeichneten wir 88 (103) jugend-/gruppentypische Gewaltdelikte. Dies entspricht einem Anteil von 11,1 % (12,7 %) im Vergleich zu den jugendgruppentypischen Delikten im gesamten Präsidiumsbereich. Fast alle Deliktsbereiche zeigen Rückgänge, nur Körperverletzungen stiegen um 6,0 % an. Auch ein versuchtes Tötungsdelikt wurde verübt.

Ein 17-jähriger Deutscher und ein gleichaltriger Kroate, gerieten mit zwei 19-Jährigen, darunter ein 19-jähriger Afghane wegen eines Rauschgiftgeschäftes in Streit. Im Verlaufe der anschließenden Schlägerei zog der Kroate ein Butterfly-Messer und stach den Afghanen 14-mal in den Kopfbereich. Dieser wurde schwer verletzt in ein Krankenhaus eingeliefert. Beide Tatverdächtige konnten festgenommen werden.

Im Dezember 2003 schlugen vier 12-Jährige in einer Schule auf einen Gleichaltrigen Schüler einer Parallelklasse ein. Die vier Täter schubsten den Geschädigten zu Boden und traten mit den Füßen auf ihn ein. Ein verständigter Rettungswagen brachte den mit einer Schädelprellung verletzten Schüler in ein Krankenhaus.

POLITISCH MOTIVIERTE KRIMINALITÄT

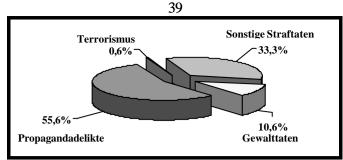
Politisch motivierte Kriminalität - rechts:

Im vergangenen Jahr wurden 180 (238) Straftaten politischer Motivation - rechts erfasst. Es handelte sich um 100 Propagandadelikte²⁴, 60 sonstige Straftaten²⁵, 19 Delikte der Gewaltkriminalität (u.a. Körperverletzungen) sowie auch einen geplanten terroristischen Anschlag.

²⁴ Verbreitung von Propagandamitteln oder Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen gem. § 86 oder § 86 a StGB

²⁵ u. a. Sachbeschädigung, Beleidigung

Deliktszusammensetzung



Fremdenfeindliche Motivation

41 Straftaten hatten einen fremdenfeindlichen Hintergrund. Es wurden 14 Gewaltdelikte mit dieser Motivationslage bekannt.

Antisemitische **Motivation**

35 der erfassten Straftaten lag eine antisemitische Motivation zu Grunde, eine davon ist der Gewaltkriminalität und eine weitere dem Terrorismus zuzurechnen.

Sonstige **Motivation**

107 Straftaten, darunter vier Delikte der Gewaltkriminalität, waren sonstiger rechter Motivationslage zuzuordnen.

Geplanten **Sprengstoffanschlag** verhindert

Bei Delikten der "Politisch motivierten Kriminalität - rechts" ist zwar zahlenmäßig ein Rückgang zu verzeichnen, mit dem geplanten Anschlag auf die Grundsteinlegung am 09.11.03 durch den Rechtsextremisten Wiese und sein Umfeld hat der Rechtsextremismus aber eine neue Oualität erreicht.

Seit mehreren Jahren besteht in München das rechtsextremistische "Aktionsbüro Süd", welches auch unter der Bezeichnung "Kameradschaft Süd" bekannt ist. Als Führungsfigur hatte sich immer mehr der 27-jährige Wiese herauskristallisiert. Im Herbst 2002 hatte er begonnen, innerhalb der Organisation einen von den übrigen Mitgliedern abgeschotteten Führungskreis mit fest gefügten Strukturen aufzubauen. Zu diesem Kreis gehörten etwas mehr als 10 weibliche und männliche Personen im Alter von 17 bis 37 Jahren. Der Führungszirkel beabsichtigte seine politischen Ziele durch Einsatz von Waffen und Sprengstoff zu erreichen.

Nach und nach beschaffte er sich dazu neben Faustfeuerwaffen auch Sprengstoff und andere Sprengmittel. Den Sprengstoff besorgten sich Wiese und sein Umfeld aus Fundmunition von militärischen Übungsplätzen in Polen. Den nach München transportierten Sprengstoff versteckte einer der späteren Beschuldigten an seinem Arbeitsplatz.

Im Zuge eines anderen Verfahrens gegen Wiese konnte diese Information gewonnen werden. Sie führte zur Sicherstellung von rund 14 Kilogramm sprengstoffverdächtigem Material, darunter 1,2 Kilogramm TNT sowie einer Handgranate und Munition.

Weitere Ermittlungen ergaben, dass Wiese einen Anschlag im Zusammenhang mit der Grundsteinlegung für das jüdische Gemeinde- und Kulturzentrum am St.-Jakobs-Platz beabsichtigt hatte.

Nachdem dies bekannt wurde, leitete der Generalbundesanwalt ein Verfahren wegen Bildung und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung ein. Im weiteren Verlauf folgten mehrere Wohnungsdurchsuchungen die zur Auffindung von Kriegswaffen, Pistolen, verschiedenen Stichwaffen, einer Streitaxt und umfangreichen schriftlichen Unterlagen führten. Die Ermittlungen stehen vor dem Abschluss.

Insgesamt wurden gegen 18 Personen Verfahren eingeleitet. Vier davon trennte der Generalbundesanwalt ab. Gegen 11 Personen besteht Haftbefehl. Fünf Beschuldigte befinden sich in Haft, die anderen Haftbefehle wurden gegen Auflagen außer Vollzug gesetzt.

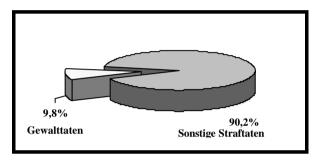
Derzeit bereitet der Generalbundesanwalt die Anklage beim Bayerischen Obersten Landesgericht vor.

Im Juni 2003 fiel einem Passant ein Mann im Militärlook auf, der an der Grünwalder Brücke ein Gewehr reinigte. Er verständigte die Polizei. Die Ermittlungen führten zu einem 23-Jährigen, bei dem Waffen, Messer und Munition sichergestellt werden konnten. Gegen den Täter wurde Haftbefehl erlassen. Er wurde zwischenzeitlich zu einer Bewährungsstrafe von zwei Jahren verurteilt. Verbindungen zur rechtsextremen Szene ergaben sich nicht.

• Politisch motivierte Kriminalität - links:

Bei der "Politisch motivierten Kriminalität - links" wurden 2003 insgesamt 132 Straftaten, davon 13 Gewaltdelikte, gezählt. Verglichen mit dem Jahr 2002 (245 Straftaten, 59 Gewalttaten) ist ein starker Rückgang der Delikte festzustellen.

Deliktszusammensetzung



Die starke Abnahme der Delikte hängt mit der verminderten Zahl von Großveranstaltungen im Jahr 2003 zusammen.

2002 war es unter der Beteiligung von Linksextremisten u.a. anlässlich der Konferenz für Sicherheitspolitik, der Chaostage und Veranstaltungen um die "Wehrmachtsausstellung" in München zu einer Vielzahl von Straftaten gekommen.

Im Zusammenhang mit den Protesten gegen die Konferenz für Sicherheitspolitik 2003 waren sechs Gewaltdelikte (Widerstandshandlungen und Körperverletzungsdelikte) zu verfolgen.

26 Personen wurden festgenommen, 25 Gewahrsamnahmen durchgeführt.

• Politisch motivierte Kriminalität - Ausländer:

Im Gegensatz zum Vorjahr (86 Straftaten, davon 16 Gewalttaten) ist ein erheblicher Rückgang festzustellen. 13 Straftaten waren 2003 zu verzeichnen, darunter kein Gewaltdelikt. Ausschlaggebend dafür war insbesondere die rückläufige Entwicklung bei Propagandadelikten, sonstigen Straftaten (wie z.B. Beleidigungsdelikte) sowie straftelevanten Handlungsweisen in Zusammenhang mit dem Demonstrationsgeschehen.

Im Spektrum der politisch motivierten Ausländerkriminalität nahm die Bekämpfung des islamistischen Extremismus/Terrorismus oberste Priorität ein.

Islamistischer Extremis-

Den Schwerpunkt bildeten intensive Personen- und Strukturermittlungen. Sie brachten beachtliche Erkenntnisse über die islamistisch/extremistische Szene und deren internationale Vernetzung.

Am 15. Januar 2003 erließ das Bundesministerium des Innern ein Vereinsverbot gegen die Vereinigung "Hizbut-Tahrir".

In diesem Zusammenhang wurden bundesweit eine Vielzahl von Objekten, sechs davon im Bereich des PP München, durchsucht. Die Beamten fanden mehrere gleichartige Ausgaben von Propagandazeitschriften. Daraus entwickelten sich neue Ermittlungsverfahren.

Im Rahmen einer groß angelegten bundesweiten "Aktion" am 11.12.2003, gegen mutmaßliche Mitglieder des verbotenen türkisch-islamistischen "Kalifatsstaats", erfolgten in Garching/Lkrs. München bei fünf Beschuldigten Wohnungsdurchsuchungen. Zu Festnahmen kam es nicht.

Ausblick

Wie zuletzt die Anschläge am 15. und 20.11.2003 in Istanbul/Türkei und am 11.03.2004 in Madrid/Spanien die islamistischen Kreisen zuzurechnen sein dürften, zeigen, muss mit weiteren Terrorakten, auch in Europa, gerechnet werden.

Konkrete Informationen über mögliche Anschläge liegen nicht vor. Dennoch ist Deutschland nicht nur als Vorbereitungsraum für Anschläge anderenorts zu sehen. Mit einer kurz- oder mittelfristigen Lageentspannung ist nicht zu rechnen.

"KADEK/PKK"

In der Hoffnung, künftig als legaler politischer Ansprechpartner international anerkannt zu werden und zugleich die kurdische Problematik auf friedlichem Wege lösen zu können, beschloss der in Deutschland verbotene "KADEK" (früher "PKK", Arbeiterpartei Kurdistans) im Herbst 2003 seine Auflösung.

Kurze Zeit später wurde die Gründung des "Volkskongresses Kurdistan" (kurdisch: "Kongra Gel(e)-Kurdistan" / türkisch: "Kurdistan Halk Kongresi-KHK") bekannt gegeben. Der auf Imrali/Türkei inhaftierte Abdullah Öcalan ist zum "kurdischen Volksführer" erklärt worden.

Abgesehen von vereinzelten Verstößen nach dem Vereinsgesetz waren im Berichtszeitraum keine schwerwiegenden Straftaten durch KADEK-Anhänger zu verzeichnen.

• Politisch motivierte Kriminalität - Sonstige:

Unter diese Rubrik fallen Delikte, wie z.B. Körperverletzung, Nötigung, Bedrohung und Sachbeschädigung, die keinem Phänomenbereich eindeutig zugeordnet werden können. Im Berichtszeitraum ereigneten sich 87 (260) derartige Delikte, darunter ein Gewaltdelikt.

Diese enorme Abnahme hängt mit dem Wahljahr 2002 zusammen. In dessen Verlauf war ein drastischer Anstieg von Sachbeschädigungen an Wahlplakaten zu verzeichnen.

2.7 PROBLEMATISCHE SZENEN

Auftretende Rivalitäten zwischen Halbwüchsigenszenen wie Skinheads, Punkern und Gruppen gewaltbereiter junger Nichtdeutscher sind häufig von wechselseitigen Täter-Opfer-Verhältnissen gekennzeichnet.

Folglich fallen Gewalttaten dieser Gruppen sowohl in die Kategorie "politisch motivierte Kriminalität" als auch "jugend-/gruppentypische Gewaltdelikte".

2.7.1 Skinheads

Die Skinheadszene im Zuständigkeitsgebiet des Polizeipräsidiums umfasst ca. 550 Personen. Dazu zählen auch Sympathisanten, Mitläufer und Kontaktpersonen. Innerhalb dieser Gruppe ist von ca. 60 gewaltbereiten bzw. gewalttätigen Personen auszugehen.

Der Führungskreis des "Aktionsbüros Süd", zu dem auch Angehörige der Skinheadszene zählten, löste sich infolge der Festnahmen (siehe Beitrag "Politisch motivierte Kriminalität - rechts") auf. Auf mögliche Neustrukturierungen, insbesondere nach der Strafentlassung des früheren Aktivisten Bordin wird besonders geachtet.

Zwei Skinheads traten im Juli mit Springerstiefeln auf einen am Boden liegenden jungen Mann in Unterschleißheim ein. Während die beiden Täter gezielte Fußtritte gegen den Kopf des Opfers ausführten, applaudierten umstehende Skinheads.

Bei dem Geschädigten handelte es sich um einen Aussteiger aus der Skinhead-Szene. Gegen die Täter erging Haftbefehl. Zwischenzeitlich verurteilte sie das AG München zu Freiheitsstrafen von 3 Jahren und 4 Monaten bzw. 2 Jahren und 8 Monaten ohne Bewährung.

Im September kam es in der Leopoldstraße aus einer Gruppe von mehr als zehn Skinheads gegenüber einem dunkelhäutigen amerikanischen Staatsbürger zu verbalen fremdenfeindlichen Beleidigungen und zu einer körperlichen Auseinandersetzung. Als der Geschädigte flüchtete, verfolgten ihn die Skinheads. Mit Hilfe eines mobilen Verkehrszeichens versuchte der Geschädigte weitere Angriffe abzuwehren. Eine zivile Polizeistreife, die auf den Vorfall aufmerksam wurde, ließ den amerikanischen Staatsbürger zu seinem Schutz in das Streifenfahrzeug steigen. Daraufhin gingen die Skinheads zunächst auf die einschreitenden Polizeibeamten los und beschädigten auch das Dienstfahrzeug. Nach Eintreffen von Verstärkungskräften konnten die Täter noch am bzw. in unmittelbarer Nähe des Tatorts festgenommen werden.

2.7.2 Punks

Wie im Vorjahr wurden von Szenenangehörigen vier jugend-/gruppentypische Gewalt-delikte bekannt.

Ein 39-jähriger Geschädigter und sein 29-jähriger Begleiter wurden nach Verlassen des U-Bahnhofes an der Oberfläche von zwei 20- und 30-Jährigen und deren 18-jährige Begleiterin zunächst verbal attackiert. Anschließend drückten sie den Geschädigten gegen ein geparktes Fahrzeug und entrissen ihm gewaltsam seine Jacke. Dadurch eingeschüchtert gab er das von ihm geforderte Halsband freiwillig heraus. Im Rahmen der Sofortfahndung konnten drei Tatverdächtige aus der Punk-Szene festgenommen werden.

2.7.3 Gruppen gewaltbereiter junger Nichtdeutscher

Im November überfielen vier 18- bis 19-jährige Türken, mit einer Gaspistole bewaffnet, eine Tankstelle. In zeitlichem Abstand betraten alle vier den Verkaufsraum. Der Waf-

fenträger täuschte einen Zigarettenkauf vor, bedrohte danach den Kassierer mit der Waffe und forderte die Herausgabe des Geldes. Nachdem sich der Angestellte kurz von seinem Schock erholt hatte, ging er in Deckung und warf einen Hocker nach dem Täter, der daraufhin flüchtete. Die drei Mittäter stellten sich zuerst als Zeugen zur Verfügung. Als sie sich immer mehr in Widersprüche verstrickten wurden sie als Mittäter überführt und zusammen mit dem zwischenzeitlich ermittelten Haupttäter festgenommen.

2.7.4 Rocker

2003 waren auch im Münchner Raum deutliche Expansionsbestrebungen der Rockergruppierungen "Hells Angels MC" und "Bandidos MC" feststellbar. Nicht zuletzt aufgrund der 2003 europaweit ausgetragenen Gewalttaten untereinander (Tötungsdelikte in Dänemark, Südtirol und Bruchsal sowie Sprengstoffanschläge in Bremen und Bruchsal) streben nun auch kleinere Rockergruppierungen immer mehr in die Obhut der jeweils favorisierten Großclubs.

Im Zuge verschiedener Ermittlungen ist eine zunehmende Bewaffnung der Szene mit Schusswaffen aller Art festzustellen.

Neben selbständigen Rotlichtaktivitäten von Rockern wurden 2003 in München Verbindungen einzelner Rockermitglieder zu anderen Rotlichtgrößen deutlich. Hierbei spielte die Zugehörigkeit zu bestimmten Rockergruppierungen eher eine untergeordnete Rolle.

Gelder aus Rotlichtaktivitäten, Drogen- und Waffenhandel sind deren Haupteinnahmequellen. Zusätzlich sind in München verstärkte Aktivitäten von Rockern im Bewachungs- und Securitygewerbe festzustellen.

Aufgrund des hohen Gewaltpotentials krimineller Rockergruppierungen ist eine kontinuierliche polizeiliche Überwachung sowie ein bundesweiter Informationsaustausch unerlässlich.

Das Polizeipräsidium wird unter Einbindung der Sicherheitsbehörden und der Justiz alle Möglichkeiten nutzen, die Szene kontrollierbar zu halten.

TEIL B ORDNUNGS- UND SCHUTZAUFGABEN

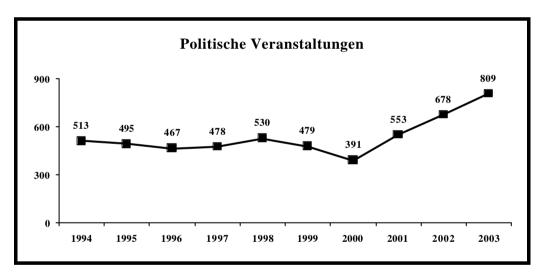
1. GESCHLOSSENE EINSÄTZE, VERANSTALTUNGEN

1.1 VERANSTALTUNGEN MIT POLITISCHEM HINTERGRUND

Höchststand an politischen Veranstaltungen

Die Zahl der Veranstaltungen mit politischem Hintergrund ist weiter deutlich gestiegen. Somit hält der Trend seit dem Jahr 2000 (+107 %) unvermindert an. Damit wurde der höchste Stand seit Jahrzehnten erreicht. Lediglich 1991 (Golfkrieg) wurde eine vergleichbar hohe Zahl (794) registriert.

2003 betreute die Münchner Polizei insgesamt 809 (678) Versammlungen, 57,7 % mehr als vor 10 Jahren. Mehrere Großveranstaltungen konnten nur mit einem erheblichen personellen Aufwand bewältigt werden.



Zahlreiche demonstrative Aktionen fanden im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg statt, daneben Versammlungen zur Landtagswahl und Protestveranstaltungen/Kundgebungen betroffener Interessengruppen gegen die Sparbeschlüsse der Bayer. Staatsregierung.

Jahr	2003	2002	Veränderung
Aufzüge und Versammlungen			
unter freiem Himmel	776	636	+22,0%
Öffentliche Versammlungen in			
geschlossenen Räumen	33	42	-21,4%
Gesamtzahl	809	678	+19.3%

1.1.1 Aktionen anlässlich des Irak-Krieges

Anlässlich der militärischen Intervention der Vereinigten Staaten von Amerika im Irak kam es in den ersten 4 Monaten 2003 zu insgesamt 287 Protestveranstaltungen. 126 davon fallen in die Zeit der Kriegshandlungen vom 20.03. (Tag X) bis 01.05.2003.

An den überwiegend störungsfrei verlaufenden Aufzügen, Versammlungen und Mahnwachen nahmen bis zu 10.000 Personen teil.

Zum Thema "Aufstehen gegen den Krieg im Irak" versammelten sich am Vormittag des 20.03. bis zu 8.000 Personen, mehrheitlich Schüler von Münchner Schulen. Während der Zwischenkundgebung vor dem amerikanischen Generalkonsulat in der vonder-Tann-Straße wurden drei Jugendliche vorläufig festgenommen, die aus der Menge heraus Mandarinen und Orangen in Richtung von Polizeibeamten warfen, die an Gittersperren standen.

An einem Aufzug unter dem Motto "München gegen Krieg" nahmen am gleichen Tag in den frühen Abendstunden ca. 6.000 Personen teil. Sechs Personen wurden u. a. wegen Beleidigung und Vergehen nach dem Versammlungsgesetz vorläufig festgenommen.

An der Kundgebung unter dem Motto "Münchner Jugend gegen den Krieg" beteiligten sich in den späten Abendstunden des 20.03. ca. 2.000 Personen.

Nachdem während der Versammlung bekannt wurde, dass sich mehrere Personen der "rechten" Szene im Bereich des US-Generalkonsulats aufhalten sollen, kam es zu Abwanderungsbewegungen in Richtung Generalkonsulat. Polizeikräfte verhinderten Auseinandersetzungen zwischen Personen der "linken" und "rechten" Szene. Wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung und wegen eines Verstoßes gegen das Waffengesetz nahmen Polizeibeamte zwei Personen vorläufig fest.

Zwei Tage später zogen etwa 5.000 Teilnehmer bei einer Protestkundgebung des "Bündnis München gegen Krieg" vom US-Generalkonsulat zum Marienplatz. Insgesamt kam es zu vier Festnahmen, davon drei wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz, eine wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.

Beim Aufzug der "Katholischen Erzieher Gemeinschaft" vom Karlsplatz zum Marienplatz (600 Teilnehmer), forderte ein Versammlungsteilnehmer mehrfach die Menge mit einem Megaphon auf, den Zugweg in Richtung amerikanisches Generalkonsulat zu ändern. Die Teilnehmer folgten der Aufforderung und begaben sich vor das Generalkonsulat. Der polizeilichen Aufforderung, den vorgeschriebenen Zugweg einzuhalten, kamen sie nicht nach. Nach weiteren Aufforderungen durch die Polizei setzten die Teilnehmer ihren Aufzug auf dem von der Versammlungsbehörde vorgegebenen Weg über den Altstadtring zum Marienplatz fort. Der Aufwiegler wurde vorläufig festgenommen.

1.1.2 Konferenz für Siche rheitspolitik

Die 39. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik fand wie in den Jahren zuvor im Hotel Bayerischer Hof statt. Aufgrund der sich abzeichnenden militärischen Intervention im Irak mussten umfangreiche Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden.

Mehrere Organisationen hatten im In- und Ausland zur Beteiligung an verschiedenen Veranstaltungen gegen die Sicherheitskonferenz aufgerufen. Insgesamt betreute die Münchner Polizei mit Unterstützungskräften 29 Veranstaltungen mit Bezug zu dieser Tagung.

Am Freitag, 07.02.03, führten Einsatzkräfte aufgrund von Hinweisen auf geplante Störaktionen im sogenannten "Convergence Center" ("Tröpferlbad") eine Razzia durch. 21 dem Kern der Störungen zuzuordnende Personen wurden in Gewahrsam genommen.

An der Großdemonstration am Samstag, 08.02.03, beteiligten sich etwa 18.000 Personen. Während der Demonstration versuchten Linksextremisten, die Absperrungen zum Hotel Bayerischer Hof zu durchbrechen. Dies konnte nur durch den Einsatz von Pfefferspray sowie des Einsatzstockes verhindert werden.

Eine Polizeibeamtin wurde durch einen Pflasterstein, der in einem Schneeball steckte, leicht verletzt.

Insgesamt wurden im Zusammenhang mit der 39. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik 25 Personen fest- sowie 26 Personen in Gewahrsam genommen.

1.1.3 Aktionen gegen die Sparbeschlüsse der Bayerischen Staatsregierung

Die beabsichtigten Sparbeschlüsse der Bayerischen Staatregierung haben zu zahlreichen störungsfrei verlaufenen Protestaktionen verschiedenster Personen und Organisationen geführt. Bei vielen Aufzügen und Kundgebungen kritisierten Schüler und Studenten die Kürzungen des Bildungsetats. Im Zeitraum vom 06.11 bis 31.12.03 wurden 27 Aufzüge, Versammlungen und Mahnwachen durchgeführt, an denen sich insgesamt über 45.000 Personen beteiligten.

1.2 UNPOLITISCHE VERANSTALTUNGEN

1.2.1 Überblick

Das Polizeipräsidium München betreute insgesamt 3.917 (3.792) Veranstaltungen nichtpolitischer Art, 3,3 % mehr als im Vorjahr. Die Anzahl der eingesetzten Beamten reduzierte sich von 37.952 auf 31.393 (-17,3 %). Dieser Rückgang ist darauf zurückzuführen, dass 2002 für die Schutzmaßnahmen der Leichtathletik-Europameisterschaft ein hoher Kräfteansatz erforderlich war.

1.2.2 Fußballspiele

Im Jahr 2003 war die Münchner Polizei in 92 (77) Fußballspielen eingesetzt. Davon fanden 42 (46) im Olympiastadion, 21 (13) im Sportpark Unterhaching und 29 (20) im Grünwalder Stadion statt.

Während der Meisterschaftsfeier des FC Bayern München am 17.05.03 kam es zu Störungen durch sogenannte "Ultras". An der Kreuzung Ludwigstr./Oskar-von-Miller-Ring versuchten ca. 400 Personen den Pkw-Corso der Bayernspieler zu blockieren. Einschreitende Beamte wurden mit Flaschen, Getränkedosen und pyrotechnischen Gegenständen beworfen. Ein Beamter erlitt dadurch leichte Verletzungen. Gegen die Täter wurden strafrechtliche Ermittlungen und ordnungsspezifische Maßnahmen eingeleitet.

1.2.3 Oktoberfest

Wachsender Aufwand für die Sicherheit

Auf- Um das Sicherheitsgefühl der Festbesucher zu stärken wurden die Sicherheitsmaßnahmen von 2001 beibehalten bzw. weiterentwickelt.

Die Videoüberwachung ist zu einem bewährten Bestandteil der Einsatzsteuerung und Strafverfolgung geworden. 79 (25) polizeirelevante Sachverhalte konnten damit beobachtet und geklärt werden.

Weniger schwere Sexualdelikte U. a. wegen starken Alkoholkonsums kam es in den letzten Jahren immer wieder zu Sexualstraftaten. Mit speziellen Plakaten, in Damentoiletten angebracht, gab die Münchner Polizei Verhaltenstipps, wie sich Frauen und Mädchen davor schützen können.

Letztlich wurden 2 (6) Vergewaltigungen auf dem Oktoberfest angezeigt, die beiden Täter festgenommen.

Insgesamt kam es 2003 wieder zu mehr polizeilichen Einsätzen (+11,7 %). Größere Störungen blieben zwar aus, jedoch war ein leichter Anstieg bei den Körperverletzungen, insbesondere mit Maßkrügen, zu verzeichnen.

Das Oktoberfest in seiner eventartigen Entwicklung fordert die Münchner Polizei in immer stärkerem Maße.

1.2.4 Grundsteinlegung für das Jüdische Gemeinde - und Kulturzentrum

Am 09.11.2003 fand auf dem St.-Jakobs-Platz in einem Festzelt die feierliche Grundsteinlegung für das neue jüdische Gemeinde- und Kulturzentrum statt. Veranstalter waren die Landeshauptstadt München, die Israelitische Kultusgemeinde für München

und Oberbayern (IKG) sowie das Kuratorium zur Förderung des jüdischen Zentrums.

Unter den 600 geladenen hochrangigen Gästen befanden sich der Bundespräsident, der Bayerische Ministerpräsident, die Präsidentin der IKG sowie der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland.

Die Feierlichkeit fand unter hohen Sicherheitsmaßnahmen statt, nachdem ein geplanter Sprengstoffanschlag durch eine rechtsextremistische Gruppierung bekannt geworden war und verhindert werden konnte.

2. BESONDERES SICHERHEITSRECHT

2.1 MÄRKTE UND STRAßENFESTE

Im Bereich der Landeshauptstadt München waren 2003

- 4 Dulten
- 11 Weihnachtsmärkte
- 44 Flohmärkte
- 123 Straßenfeste

polizeilich zu betreuen.

2.2 SCHADENSFÄLLE DURCH PYROTECHNISCHE GEGEN-STÄNDE AN SILVESTER

Im Präsidiumsbereich kam es beim Jahreswechsel 2003/2004 zu 39 Vorfällen durch Abbrennen pyrotechnischer Gegenstände. Es wurden 16 Briefkästen, eine Haussprechanlage, ein Warenautomat, eine Telefonzelle und 20 sonstige Objekte beschädigt. Dabei entstand ein geschätzter Sachschaden von ca. 139.600 €(50.460 €). Drei Brände steigerten die Schadenssumme gegenüber dem Vorjahr so auffällig. Eine Person wurde durch einen Feuerwerkskörper verletzt (Vorjahr: 9 Personenschäden).

2.3 INKRAFTTRETEN DES NEUEN WAFFENRECHTS

Neu in die Liste der verbotenen Waffen (Anlage 2, Abschnitt 1 WaffG) wurden z.B. Butterflymesser aufgenommen.

Zum Führen von Schreckschuss-, Reizstoff- und Signalwaffen ist der sog. "kleine Waffenschein" erforderlich.

Im Zuge der Amnestieregelung wurden bis zur Abgabefrist 30.09.2003 beim PP München

- ➤ 241 Gas-/ Signalwaffen (freiwillige Abgabe)
- ➤ 118 Messer
- 31 Softairwaffen
- ➤ 11 Luftdruckwaffen
- ➤ 27 Wurfsterne
- ➤ 24 Elektroschockgeräte

abgegeben. Für die Abgabe der o.a. Gas- und Signalwaffen bestand keine gesetzliche Verpflichtung. Die Besitzer der Waffen wollten damit offensichtlich den zum Führen erforderlichen "kleinen Waffenschein" nicht beantragen.

3. KATASTROPHENABWEHR

3.1 KAMPFMITTELAUFFINDUNG

Die zuständigen Fachkräfte des Polizeipräsidiums München waren in 60 (50) Fällen beim Auffinden und Beseitigen von Kampfmitteln eingesetzt. Dabei fielen an:

- 15 (11) Spreng- (20 lbs bis 1000 lbs)²⁶, Brand- und Stabbrandbomben
- 45 (39) Kampfmittel wie Zünder, Minen und Granaten

Bei der Renaturierung des Isarhochwasserbettes wurden im Berichtsjahr noch einmal drei Fliegerbomben aus dem Zweiten Weltkrieg zutage geschaufelt. In allen Fällen handelte es sich um britische 250 kg-Sprengbomben.

In Aschheim wurde bei Baggerarbeiten im August eine solche Bombe ausgegraben. Dazu waren umfangreiche Absperrmaßnahmen notwendig da sie an Ort und Stelle gesprengt werden musste.

Beim Fund einer 250 kg-Bombe auf einer Baustelle in Kleinhadern am 30.10.03 mussten 88 Personen evakuiert werden. Die Bombe konnte nach den entsprechenden Absperrmaßnahmen vom Sprengkommando entschärft und abtransportiert werden.

Auf dem Areal zwischen Hacker- und Donnersberger Brücke haben im September die Arbeiten für den künftigen Arnulfpark begonnen. Luftarchivaufnahmen zeigen über 200 Bombeneinschläge. Erfahrungsgemäß muss von 10 - 15 Blindgängern ausgegangen werden. Zu einem Bombenfund ist es bisher noch nicht gekommen.

3.2 SPRENGSTOFFVERDÄCHTIGE GEGENSTÄNDE

Die Zahl verdächtiger Briefe/Sendungen und Päckchen als auch Fundstücke wie Koffer und Gepäckstücke nahm gegenüber dem Vorjahr erheblich ab:

- 99 (66) verdächtige Sendungen und Fundstücke
- 576 (629) verdächtige Kraftfahrzeuge

2003 kam es nur noch zu 14 Einsätzen mit "Anthrax"-Verdacht. In allen Fällen schloß das Landesuntersuchungsamt Südbayern den Verdacht aus.

3.3 GASEXPLOSION

Am Freitagabend des 22.08.03 gerieten die Lagerhalle und das Bürogebäude einer Baufirma in Neuhausen, nahe der Friedenheimer Brücke, in Brand. Mehrere Flüssiggasbehälter und ein Tank mit 2000 Litern Flüssiggas explodierten und lösten einen Großeinsatz von Polizei und Feuerwehr aus. Schaulustige, besonders aus der nahegelegenen Discothek "Backstage" mussten abgedrängt und der S-Bahnbetrieb zwischen Laim und Innenstadt eingestellt werden. Nach ca. 3 Stunden war der Großbrand gelöscht. 8 Personen wurden verletzt und erlitten Rauchvergiftungen. Im Zuge der Er-

²⁶ Libra = Waage; im Englischen gebräuchliche Gewichtseinheit = 453,5 gr.

mittlungen konnte ein 42-jähriger Frührentner festgenommen werden. Der Ermittlungsrichter erließ Haftbefehl.

3.4 STRAHLENSCHUTZ

Bei der Anlieferung von 53 Behältern mit Schwerwasser am 13.06.03 stellte der Strahlenschutzbeauftragte der TU München bei der routinemäßigen Eingangskontrolle zwei undichte Fässer fest. Im Einfüllbereich der Deckel befanden sich Spuren der Flüssigkeit. Die ausgetretene Menge (2 Megabecquerel) war äußerst gering und innerhalb des Toleranzbereichs von 1000 Megabecquerel, sodass zu keinem Zeitpunkt eine Gefahr für die Öffentlichkeit bestand.

Die dritte atomrechtliche Teilgenehmigung für die nukleare Inbetriebnahme des Forschungsreaktors München II (FRM II) und den Routinebetrieb wurde mittlerweile erteilt. Die Anlieferung der ersten Brennelemente in der Nacht vom 09. auf 10.07.03 verlief störungsfrei.

Am Samstag, dem 25.10.03 fand der "Tag der offenen Tür im Hochschulgelände Garching" statt. Wie im vergangenen Jahr wurden kleinere Besuchergruppen in Begleitung des Objektschutzdienstes durch den Reaktor geführt. Reaktorgegner traten nicht auf, es kam zu keinerlei Störungen.

TEIL C DIENSTBETRIEB DER POLIZEIEINSATZZENTRALE (EZ)

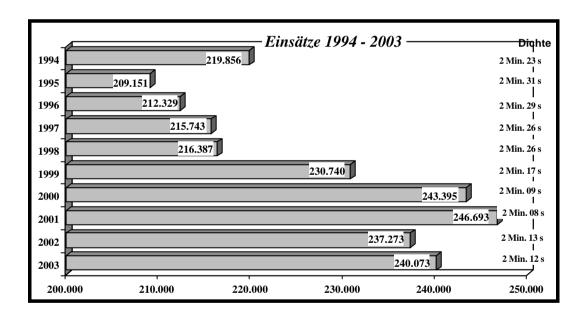
1. NOTRUFENTGEGENNAHME UND -BEARBEITUNG

641.415 Notrufe

2003 gingen bei der Einsatzzentrale 641.415 (874.124) Notrufe ein, was einen Rückgang um 26,6 % (232.709 Notrufe) gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres bedeutet. Im Durchschnitt liefen täglich 1.757, stündlich 73 Notrufe, auf.

2. EINSATZENTWICKLUNG MOTORISIERTER STREIFEN

240.073 Soforteinsätze Die Einsatzfahrten haben 2003 um 1,2 % (2.800) zugenommen. Im Berichtsjahr fielen 240.073 (237.273) Einsätze an. Im Durchschnitt waren monatlich 20.006 (19.773), täglich 658 (650) und stündlich unverändert 27 Einsätze zu bearbeiten.

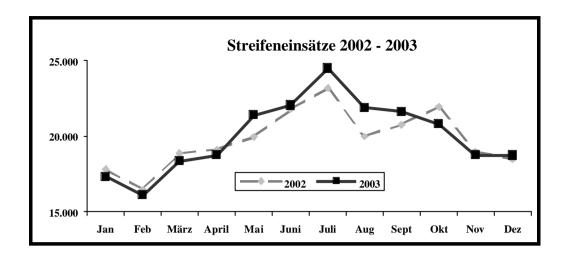


2003 musste alle 2 Minuten 12 Sekunden ein Soforteinsatz gefahren werden. Das höchste Einsatzaufkommen war wiederum im Monat Juli mit 24.470 zu verzeichnen.

Ein hohes Aufkommen lag auch im Juni mit 22.033 und im August mit 21.864 Einsätzen vor.

An insgesamt 30 Tagen des Jahres kam es zu weit überdurchschnittlich hohen Einsatzbelastungen (jeweils über 900 Einsätze); am 27.09.03 sogar zu 1.003 Einsätzen und am 30.04.03 zu 950 Einsät-

zen, obwohl keine besonderen Umstände (Unwetter etc.) vorlagen.



3. STEUERUNG DER POLIZEIALARME

Im Zuständigkeitsbereich des PP München waren im Berichtszeitraum insgesamt 721 (790) Alarmanschlüsse geschaltet.

1.484 Polizeialarme

Im Jahre 2003 gingen bei der Einsatzzentrale 1.484 (1.686) Polizeialarme ein, die Einsatzfahrten erforderlich machten. Diese Alarme laufen über Direktanschlüsse bei der Polizeiensatzzentrale und von fünf Objekten bei verschieden Polizeiinspektionen auf.

Unter allen Polizeialarmen waren 20 (21) echte Alarme. Das ergibt eine Falschalarm-quote von 98,7 %.

5.109 Fremdalarme

Viele Alarme laufen bei privaten Bewachungsunternehmen auf. Darüber hinaus werden optische und akustische Alarmmeldungen von Passanten an die Einsatzzentrale gemeldet.

Im Berichtszeitraum erfolgten 5.109 (5.205) Fremdalarmauslösungen, die den Einsatz von Polizeikräften erforderten.

Die Falschalarmquote liegt hier bei 99,4 %; es waren insgesamt 30 (32) echte Alarme zu verzeichnen.

Die Falschalarme sind im Regelfall auf unachtsamen Umgang mit Alarmgebern sowie auf Umwelteinflüsse (Gewitter, Hagel, Sturm, Stromausfall u.ä.) zurückzuführen.

4. DURCHFÜHRUNG VON ABSCHLEPPANORDNUNGEN

29.969 Abschleppanordnungen Von den Streifenbeamten wurden über die Einsatzzentrale 2003 insgesamt 29.969 (32.015) Abschleppanordnungen von Kfz getroffen (-6,4 %). Die Gesamtzahl gliedert sich in 21.427 Falschparker und 8.542 Fälle aus sonstigen Gründen wie Sicherstellungen als Beweismittel bzw. zur Eigentumssicherung und Abschleppungen zu Privat.

5. ENTWICKLUNG DER EINSATZZAHLEN IM VERGLEICH ZUM STREIFENPOTENZIAL

Verhältnis zwischen Arbeitsbelastung und Parsonal

2003 wurden im motorisierten Streifendienst 1.427.144 (1.411.585) Stunden, im Fußstreifendienst 262.477 (255.945) Stunden sowie 142.537 (138.398) Stunden für Dienste der Kontaktbereichsbeamten geleistet.

Dies entspricht einem Außendienstanteil von 59,1 % (59,9 %).

Dieser leichte Rückgang des Außendienstanteils ergibt sich zum Teil aus etwas reduziertem Objekt-/Personenschutz (181.630 Std. = -9,3 %) und weniger Großeinsätze (396.294 Std. = -13,3 %), aufgrund beruhigter Gesamteinsatzlage.

In diesem Zusammenhang ist auch zu sehen, dass zum Oktober 2003 - erstmalig seit August 2001 - wieder die vom BStMI gestellte Zielvorgabe für den Bereich der Mehrarbeitsstunden unterschritten werden konnte.

6. ÖFFENTLICHKEITSARBEIT (FÜHRUNGEN)

76 Führungen

Es wurden 76 Führungen (insgesamt 878 Personen mit besonderen Bezügen zum Polizeiberuf oder im Rahmen der dienstlichen Fortbildung) in der Einsatzzentrale durchgeführt.